Nr. 23.

Erscheint täglich außer Montags. Abonnements-Preis für Berlin: Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1892 unter Nr. 6652.

Vorwärts
Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

9. Jahrg.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Fernsprech-Anschluß: Amt VI, Nr. 4106.

Redaktion: Beuth-Straße 2. | Donnerstag, den 28. Januar 1892. | Expedition: Beuth-Straße 3.

Windmühlenkampf.

Der Sinn für's Lächerliche ist weiten Kreisen der Bevölkerung leider abhanden gekommen. Das wird in diesem Augenblick recht lebhaft bewiesen durch den internationalen Feldzug gegen die „Unsittlichkeit" (Prostitution, Zuhälterthum u. s. w.) Wenn vor 150 Jahren irgend ein Minister das Pech gehabt hätte, auf einen so windigen Windmühlenkampf zu verfallen, er wäre von Voltaire moralisch geschunden und der dritten Abtheilung des Pantheons der Unsterblichkeit einverleibt worden. Es giebt nämlich drei Sorten der Unsterblichkeit und drei Abtheilungen des Pantheons: die Unsterblichkeit des Schönen und Guten, die Unsterblichkeit der Infamie und die Unsterblichkeit des Lächerlichen — und jede hat ihre eigene Abtheilung, und in der dritten sind die, welche sich unsterblich lächerlich gemacht. Heute haben wir keinen Voltaire, aber desto mehr Kandidaten für die dritte Abtheilung des Pantheons. Das Lächerliche scheint auf gewisse Leute eine anziehende, statt eine abstoßende Kraft auszuüben. Vor dreißig und vierzig Jahren schon war in England das social evil — das „soziale Uebel", d. h. die Prostitution und die Prostituirten — das Lieblings-Steckenpferd aller Muthigen, die vor der Lächerlichkeit keine Furcht hatten. Welch' gewaltigen Lärm vollführten sie, und wie mächtig hoben sie aus zu zermalmenden Schlägen — der Lärm ist vorüber, die Schläge sind in die Luft gegangen und das social evil lebt, wächst, blüht und gedeiht. Vor einigen Jahren, als Stead seine Aufsätze über den „Jungferntribut" schrieb, entstand wieder ein gewaltiger Lärm und wieder ward ausgeholt zu zermalmenden Schlägen, und — ganz mäuschenstill gingen die Unsittlichkeitstödter nach Haus, denn sie hatten sich überzeugt, daß die von Stead enthüllten Greuel überall obwalten und, freilich mit dem Feigenblatt konventioneller Heuchelei zugedeckte parties honteuses*) der

Der groteske Mißerfolg hat nicht abgeschreckt. Das Lächerliche muß für viele Leute einen unwiderstehlichen Zauber haben. In England, Frankreich, Deutschland ist man jetzt daran, die „Unsittlichkeit" gesetzgeberisch zu tödten — das heißt, man sagt so — ob's Einer glaubt, daß sie zu „tödten" sei, das möchten wir wirklich bezweifeln — trotz alledem.

Die „Unsittlichkeit" tödten! Ja, aber was ist Unsittlichkeit? Unsittlichkeit ist die Prostitution. Gut. Und was ist Prostitution? Daß ein Weib seine Liebe verkauft. Wohlgemerkt: verkauft. Das heißt, sich — ohne Liebe — preisgiebt um Geld, Rang, sonstige Vortheile. Und wenn es um wenig Geld und geringe materielle Vortheile geschieht, ist die Unmoralität doch sicherlich drum nicht größer. Im Gegentheil — die Aermlichkeit und Armuth sind schuldmindernde Momente. Das Weib der guten Gesellschaft, das sich liebelos für eine Million hingiebt, nicht um leben, sondern um „vornehm", „standesgemäß" leben zu können, steht moralisch weit tiefer, als das Weib, das sich um ein paar Groschen hingiebt, um leben zu können, d. h. um nicht zu verhungern.

Also die Prostitution, welche getödtet werden soll, besteht darin, daß ein Weib seine Liebe, oder richtiger seinen Körper, verkauft. Und das soll heute bestraft werden, wo die Geld- und Konvenienzheirathen in der „guten" Gesellschaft die Regel sind, und wo Jemand, der dieser Form der Prostitution sich widersetzt, aus seiner Klasse verstoßen wird? Und diese Gesellschaft, die ihren Mitgliedern erlaubt, sich Maitressen nach Herzenslust zu halten, sie aber verstößt, sobald sie das Verbrechen einer „Liebesheirath" begehen — d. h. einer Heirath, die keine Konvenienzheirath ist —, diese Gesellschaft der Prostitution soll Gesetze erlassen gegen die Prostitution? Man greift sich unwillkürlich an den Kopf. Und dabei wollen wir gar nicht von den anderen Seiten, Formen und Eigenschaften der Prostitution reden, durch welche sie sich klipp und klar als organischen Theil der respektablen, hochachtbaren, bürgerlich-adlig-kapitalistischen Gesellschaft bekundet und kennzeichnet.

Mit dem Zuhälterthum ist's eine kaum minder bedenkliche Sache als mit der Prostitution. Ist das Zuhälterthum etwa auf die Kreise der niedersten Dirnenkreise beschränkt? Das zu behaupten wäre ein großer Irrthum oder eine arge Heuchelei. Was ist ein Zuhälter? Ein Individuum, das von der Prostitution eines Mädchens oder einer Frau Vortheile zieht. Was will aber der gestrenge Richter antworten, wenn ein „Zuhälter", dem er in sittlicher Entrüstung ein paar Jahre Gefängniß aufzubrennen im Begriff steht, ihn anredet:

„Gleiches Recht für Alle! Ich gebe zu, daß ich nicht „sittlich" gehandelt habe. Allein, wenn ich strafbar bin, dann muß auch Herr von X. und Herr von Y., und dieser und jener vornehme Herr, die Ihnen sämmtlich bekannt sind, bestraft werden, denn diese Herren haben ihre blühenden Töchter um blankes Gold an reiche Wüstlinge verkauft und sich dadurch ihre Stellung in der „Gesellschaft" erhalten. Es ist wahr, die blühenden Töchter wurden verheirathet, indeß daß die Ehe zur Beschönigung und Sanktionirung der Prostitution mißbraucht wird, das dünkt mir eher ein erschwerender, als ein mildernder Umstand."

Was könnte der Richter antworten? Nichts. Oder Sophismen.

Und es giebt eben so viele Formen des Zuhälterthums, wie der Prostitution.

Als dieser Tage das antisemitische Schwein Herr von Chirac mit seinem weiblichen Mitschwein in Paris zu 15 Monaten Gefängniß verurtheilt wurde, klatschte ganz Frankreich in die Hände. Das Urtheil war vielleicht nicht logisch, aber es war ein gesunder Protest gegen Unflätherei. Hier lag eine bestimmte, greifbare, konkrete Handlung vor — die gepackt werden konnte. Und sie wurde gepackt.

Doch wo ist die „Unsittlichkeit?" Wie ist dieses Abstraktum zu fassen? Wer will es fassen? Wer kann es fassen? Bismarck, der in seinen hohen Kürassierstiefeln hinter den sozialistischen Ideen herlief, um sie einzufangen und dabei zu Fall kam, hat keine lächerlichere Rolle gespielt, als Diejenigen spielen werden, die jetzt in den Krieg gegen die Unsittlichkeit ziehen wollen. Was sie auf dieser Wildgans-Jagd*) fangen werden, das wissen wir nicht. Gewiß nicht die Unsittlichkeit. Und ebenso gewiß nicht die — Sittlichkeit.

*) Theile, Dinge, deren man sich schämt.

*) Englisch Wildgoose-Chase — Jagd auf wilde Gänse, die bekanntlich hoffnungslos ist.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. Januar.

Der zweite Berathungstag des Volksschul-Gesetzes gehörte Herrn Eugen Richter. So spannend und geschickt auch die Rede war und so weit sie auch die übrigen Reden überragte, ihr fehlte die Kraft und Entschiedenheit, mit der man den Ansturm auf den letzten Rest der Gewissensfreiheit und der geistigen Entwickelung abzuweisen hat. Bei solchen Kämpfen giebt es keine andere und würdigere Vertheidigung als den Angriff. Es handelt sich denn doch um etwas mehr als eine kleine gleichgiltige Plänkelei. Was hilft es, der Reaktion Widersprüche nachzuweisen. Sie weiß, was sie will, und läßt den Gegnern gerne den logischen Sieg, wenn sie ihren Willen nur durchsetzt. Die Berufung der Regierung auf die oktroyirte Verfassung von 1848, die 1849 von einem auf Grund eines oktroyirten Wahlgesetzes gewählten Landtag noch weiter ins Reaktionäre revidirt und in welcher ein Unterrichtsgesetz verheißen war, erscheint nach 42jähriger Unterlassung wenig ernst zu nehmen. Herr Richter hat ganz Recht, wenn er darauf hinweist, daß die Verfassung ein Gesetz verheiße, welches den gesammten Unterricht regele, während das vorliegende Gesetz nur die Volksschule behandle. Aber was hilft ihm dieses Recht haben? Die Regierung wählt sich den ihr passenden Zeitpunkt, um gesetzlich die Volksschule zu fesseln, wie sie es in der Praxis auch ohne Gesetz bisher gethan hat, und sie wird bei passender Gelegenheit auch das Ihrige thun betreffs der höheren Schule. Herr Richter hat auch Recht in dem Meisten, was er über die Ueberlieferung der Schule an die Kirche, was er über das Verderbliche des konfessionellen Charakters der Schule spricht, aber es führt zur Beschönigung des bisherigen thatsächlichen reaktionären Schulregiments, wenn man das jetzige Schulgesetz gewissermaßen als etwas Un-

Feuilleton.

Nachdruck verboten.] [23

Am Webstuhl der Zeit.

Zeitgenössischer Roman in 3 Büchern von A. Otto Walster.

Diesem System entsprechend werden die Gesetze nach den Bedürfnissen der Bevorrechtigten eingerichtet und zurechtgedrechselt, und damit ja die große Masse damit nicht einverstanden sein sollte, es vermeidet, an diesem Werke zu rütteln, werden wieder besondere Gesetze zum Schutze dieser Gesetze gemacht, und das geht so weit, daß man selbst mißliebige Aeußerungen über dieselben bestraft. Wenn Herr Draht einen Schuh gemacht hat, welcher drückt, dann ist dem Besteller oder Eigenthümer unbenommen, weidlich über die schlechte Arbeit zu schimpfen und zu räsonniren, ja er kann sogar die Zahlung dafür beanstanden. Wenn aber die Juristen ein faules Gesetz erfunden haben und es findet die Genehmigung Derer, die darüber zu befinden haben, so muß man es nicht nur befolgen, sondern sogar mit Achtung besprechen, selbst wenn es Viele schädigt und nach einigen Jahren wieder aufgehoben werden muß. Und doch, wie in aller Welt kann sich Jemand herausnehmen, dem Andern zu verbieten, nach seiner ihm eigenthümlichen Weise etwas zu besprechen? Würden die Gesetze durch den Willen der Mehrheit von allen Staatsangehörigen festgestellt, so würde man nicht so viel Ursache haben, über ihre Mangelhaftigkeit zu klagen, und die wenigen Räsonneure würde man ihr unschädliches Geschwätz unbehelligt fortsetzen lassen; so aber fühlt man sich schwach und will durch künstliche Mittel die Achtung erzwingen. Dazu hält man eine Armee von Schullehrern und Geistlichen, die Alle nach der Schablone auf die Geister von Kindern und Erwachsenen einwirken müssen, wenn sie nicht von Amt und Brot gejagt sein wollen. Und weil das Alles jetzt nicht mehr ausreichen würde, hält man große stehende Heere und unterstützt Alles mit dem Bajonett. So ist es schließlich immer wieder der Beweis der Gewalt, welcher Recht behält. Und da zuweilen die unterdrückten Klassen denselben Beweis durch Tumult und Aufruhr anzutreten versuchen, so muß man von Zeit zu Zeit die stehenden Heere vermehren. Wir haben jetzt in Europa beinahe vier Millionen Soldaten zur Aufrechterhaltung der „Ordnung". Und woher nimmt man die Soldaten? Selbstverständlich auch aus den Reihen Derer, die mit dem herrschenden System nicht einverstanden sind. So wird ein Theil der Armen bezahlt, um den anderen Theil zu überwachen mit dem Gewehr in der Hand. Und wer bezahlt diese Heere? Der Arbeiter und immer wieder der Arbeiter."

„Wenn es nicht in der That und Wirklichkeit so wäre, würde man es für unmöglich halten, so widersinnig, so fabelhaft kommt es Einem vor, wenn man es sich recht vergegenwärtigt," meinte Barth.

„Nun, ganz so, wie Herr Frank es hinstellt, ist es doch wohl nicht," warf Meister Draht bescheiden ein. „Die Vermögenden müssen doch viel mehr Steuern bezahlen, als wir."

„Nicht so viel, wie Sie sich vorstellen, Herr Draht," entgegnete der Schriftsteller. „Es fehlt Ihnen die Kenntniß von dem Wesen und Wirken der Steuer. Lassen Sie uns einmal Ihren Berufskreis ins Auge fassen. Wenn der Staat von jedem geschlachteten Rind einen gewissen Steuerbetrag erhebt, so bezahlt den nicht der Schlächter, sondern das Publikum, welches dem Schlächter abkauft; denn der Erstere schlägt die Steuer auf den Preis der Waare: das Pfund Fleisch, welches Sie kaufen, kostet infolge dessen so und so viel mehr, und da die Zahl der Unbemittelten die weitaus größte ist, so müssen auch die Unbemittelten den weitaus größten Theil der Steuer bezahlen. Der Schlächter schlägt auch einen Theil der Steuer auf die Haut des Thieres, d. h. er zieht ihn von dem Gerber ein. Der Gerber belastet den Schuhmacher, der Schuhmacher seine Kunden. Wer bezahlt also die Schlachtsteuer? Der arme Zigarrenmacher ebenso gut, wie der reiche Bankier.

„Das ist, Herr Draht, das Wesen der indirekten Steuer, womit jedoch nicht behauptet werden soll, daß nicht viele unter dem Titel „direkte" laufende Steuern dieselbe Wirkung haben. Bei der Grundsteuer z. B. wird der Betrag auf den Preis der Bodenprodukte und auf die Miethen geschlagen. Nun stellen Sie sich einmal vor, der Staat muß wegen vermehrter Militär-Bedürfnisse Anleihen machen. Millionen werden gebraucht. Der Staat bekommt sie geliehen, weil er die meisten Garantieen bietet. Was ist die Folge solcher Anleihen für unproduktive Zwecke? Das Geld wird schwerer erreichbar für produktive Anlagen. Um die benöthigten Darlehen zu erhalten, muß man höhere Zinsen und Vermittelungsgebühren anbieten, und da ist es wieder der Kapitalist, welcher gewinnt. Kurz, Sie können die Sache ansehen, wie Sie wollen, von oben oder unten, sie anfassen an jedem beliebigen Punkte, es ist eine Schraube ohne Ende, es kommt immer wieder auf dasselbe heraus." —

„Ja, und das Ende," rief Frank. „Was wird das

erhörtes und Neues hinstellt, von dem aus erst die Reaktion ausgehe. Herr Richter ruft seinen Gegnern zu: „Wenn Sie den konfessionellen Standpunkt so betonen, dann kommen Sie zur konfessionellen Armenpflege, zu konfessionellen höheren Lehranstalten, ja schließlich zu konfessionellen Truppen.“ Damit scheint Herr Richter zu meinen, den Vogel abgeschossen zu haben. Aber, Herr Eugen Richter, wo leben Sie denn? Als ob das, was Sie erst kommen sehen, nicht schon lange soweit ausgebildet worden ist, daß zur Vollendung kaum mehr als das Tipfelchen auf dem i fehlt. Selbst, was solche Heiterkeit erregte, der Hinweis auf konfessionelle Truppen der Zukunft, ist heute bereits verwirklicht. Oder meinen Sie, Herr Richter, daß ein Lieutenant in der preußischen Armee möglich wäre, der nicht der Konfession angehörte, der vielleicht Dissident oder Freidenker wäre? Wir leben thatsächlich in einem konfessionellen Staate. Oder Herr Eugen Richter, können Sie uns im ganzen preußischen Staate einen Volks-Schullehrer oder einen Geistlichen an einer Landeskirche nennen, der es offen erklärt, daß er nicht an die übernatürliche Geburt Jesu glaube? Sie können uns keinen nennen; und wäre er noch so freisinnig-protestantenvereinlich, am Sonntag verliest er doch öffentlich das apostolische Glaubensbekenntniß.

Was heute die Reaktion wagt, vermag sie nur infolge der Feigheit und Schwäche des bürgerlichen Liberalismus, der es zu danken ist, daß der Konfessionalismus von der Reaktion als Standpunkt der ganzen Nation mit wenigen Ausnahmen hingestellt werden kann. Wie viele Leute giebt es denn wohl in Berlin und in anderen Städten, die auf dem Boden des apostolischen Bekenntnisses stehen? Und im Reichstage selbst — wie steht es mit dem konfessionellen Glauben der meisten Abgeordneten? Aber die liberalen und freisinnigen Herren lieben es wohl, sich im intimen Kreise oder im Verkehr unter sich als Freidenker zu zeigen, so wie es sich aber um das Volk handelt, um die Religion, die dem Volke erhalten werden soll, dann verschließen sie ihr Freidenkerthum in dem innersten Schrein ihres Herzens. Wie die Redner des ersten Tages, so stellte sich Herr Richter persönlich als gleichfalls auf dem Boden des Konfessionalismus stehend hin.

Wo der gesammte bürgerliche Liberalismus seinen religiösen Freisinn verbirgt, da kann denn auch Herr Stöcker sich als den Mann des Tages betrachten. Nachdem der Kultusminister Nichtssagendes Herrn Richter erwidert, trat Herr Stöcker auf, mit dem ganzen protzigen Hochmuth des pfäffischen Zeloten, als der Bannerträger des herrschenden kirchlichen Regiments.

Herr v. Kardorff suchte noch ein wenig Kulturkampf zu treiben; von der Freigebung der Privatschulen befürchtet er nicht nur, daß die Ultramontanen sie sich nutzbar machen werden, sondern daß auch die Sozialdemokraten, die bekanntlich das meiste Geld hätten, die großen Städte mit sozialdemokratischen Privatschulen überziehen werden. —

Herr v. Bennigsen wird von Herrn Eugen Richter in der „Freisinnigen Zeitung“ heftig poussirt. Die „Kreuz-Zeitung“ nimmt ihn stark in's Gebet wegen seiner Rede bei der Etatsberathung im Abgeordnetenhaus, in welcher er gegen das Volksschul-Gesetz alle Liberalen, auch die Freisinnigen „auf die Schanzen“ rief. Dieser Ruf hat freilich so wenig zu bedeuten, als der gleiche Ruf, den seiner Zeit Herr v. Forckenbeck erhob, und ebenso wie dieser wird sich Herr v. Bennigsen baldigst wieder hinter die Schanzen zurückziehen. Die „Kreuz-Zeitung“ thut, als ob sie den Ruf Bennigsen's ernsthaft nehme und fragt, wie diese Drohung sich mit der Stellung desselben als Oberpräsident vertrage. Herr Eugen Richter, dem der Bennigsen'sche Lockruf es angethan hat, wirft sich nun zum Ritter Bennigsen's auf. Am Tage nach der Bennigsen'schen Landtagsrede erwiderte er den Lockruf Bennigsen's mit den Worten: „Zwischen der nationalliberalen Partei und uns giebt es Fragen, in denen wir als Parteien einander am nächsten stehen, vielleicht im Abgeordnetenhause noch mehr als hier.“ Das Letztere hat seinen guten Grund, nämlich in der Rücksicht auf die Wahlen. Bei den Wahlen zum Reichstage gilt das allgemeine gleiche Stimmrecht, und die Rücksicht auf den Stimmenfang der Massen nöthigt die Freisinnigen, im Reichstage den Mund zeitweise recht voll zu nehmen und den Radikalen herauszubeißen. Das ist im Abgeordnetenhause nicht nöthig, denn da gilt das Klassenwahlrecht, da geben die besitzenden Klassen den Ausschlag, und da kommt es darauf an, dem ehrsamen Bürger und Philister, dem die Angst vor allem Radikalen in den Gliedern steckt, das beruhigende Gefühl seiner staatsmännischen Mäßigung beizubringen. Wer im Reichstage noch mit Wasserstiefeln auftritt, versteht sich im Abgeordnetenhause daher mit Wadenstrümpfen. Das ist der Sinn der Eugen Richter'schen Worte. —

Also es kriselt auch in Preußen, wie wir gestern schon andeuteten. Herr Miquel hat parlamentarische Reminiszenzen gehabt und seine Demission eingereicht — sie ist indeß noch nicht angenommen, und es wird wohl auch nichts weiter daraus werden. Der bei uns herrschende politische Marasmus ist so groß, daß es zu einer rechtschaffenen Krise gar nicht mehr kommen kann. Zwar reden fortschrittliche Blätter von einer „Scheidung der Geister“, die sich anläßlich des Volksschul-Gesetzes vollziehe, allein wir sehen weder die „Geister“ noch die „Scheidung“.

Wenn die „Kreuz-Zeitung“ in einem Augenblick muckerischer Ekstase den Abgeordneten Bennigsen mit den „Juden und Judengenossen“ zusammenkoppelt und zum Gegenstand eines frommen Denunziationchens macht, so hat das doch bloß eine psychiatrische — d. h. den Irrenarzt angehende — Bedeutung, und erscheint als wesenlose, schattenhafte Halluzination gegenüber der Thatsache, daß die Kreuzzeitungsleute und die Bennigsen'schen Jahre lang im „Kartell“ Hand in Hand gegangen sind — und, unter dem Zwang der Verhältnisse, auch demnächst wieder zusammengehen werden.

Die „Scheidung der Geister“ heißt, in das Deutsch der praktischen Politik übersetzt: Krakehl der Kartellbrüder. Und Kartellbruder schlägt sich, Kartellbruder verträgt sich — das wissen wir aus alter Erfahrung. Das Volksschul-Gesetz wird „amendirt“ werden, d. h. die Bennigsen'schen werden mit einigen Phrasen zufrieden gestellt, die Scheidung der Geister endet mit einem faulen Kompromiß, und Herr Miquel bleibt im Amte. —

Ein warmes Herz für die Kinder offenbarte der preußische Kultusminister in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses, indem er den zwangsweisen Religions-Unterricht der Kinder auch gegen den Willen der Eltern vertheidigte. Er sagte:

„Ich weiß mich frei davon, einen Zwang ausüben zu wollen: ich will nur die Wohlthat, die mir widerfahren ist, auch den Kindern zu Theil werden lassen, denen keine Mutter die Hände zum Gebet gefaltet hat.“

Beneficia non obtruduntur! Wohlthaten werden nicht mit Gewalt aufgedrängt. Wenn Herr v. Zedlitz dankbar der Wohlthaten, die er als Kind erfahren, gedenkt, so möge er sich auch der Wohlthat erinnern, stets gute Nahrung, warme Kleidung, freundliche Wohnung und liebevolle Pflege erhalten zu haben, und möge er dafür sorgen, Zustände zu schaffen, in denen die Wohlthaten, die er empfangen, auch den Kindern der Arbeiter von ihren Eltern gewährt werden können. Die „Wohlthat“ der Zwangs-Religion werden ihnen die hungernden Kinder und deren Eltern sehr gerne schenken! —

Die Antisemiten unter sich. In Leipzig, wo die Judenhetz-Gesellschaft ihr Hauptquartier aufgeschlagen hat, seit ihr Zuhälter Bismarck sie nicht mehr in Preußen beschützen kann, sind die „Führer“ der sauberen Sippe arg aneinander gerathen und einer derselben, ein gewisser Lucko, hat soeben eine Broschüre mit Enthüllungen veröffentlicht („Ein Jahr im Zentrum der deutsch-sozialen Partei“). Für den Kenner des Antisemitismus bringt Herr Lucko nichts Neues — Schmutz, Schmutz und nichts als Schmutz. Amüsant ist das Urtheil, welches der bekannte, einst wild-antisemitische Wilhelm Marr fällt. Derselbe schreibt in einem Brief vom Juli des vorigen Jahres:

„Im Uebrigen, nachdem wir von haeo und hoo geplaudert haben, lassen Sie mich in Ruhe mit der „Judenfrage“.

Der moderne Antisemitismus — recte Fabrikgeschäfts-schwindel-Antisemitismus ist für mich „gegenstandslos“ geworden.

Er belügt sich selbst, um andere zu belügen und zu beschwindeln.

Er bläht sich auf, wie der Frosch in der Fabel und wird wie dieser platzen.

Sei ihm die Erde so schwer als möglich, daß er sobald nicht wieder aufstehen kann.“

Und in einem anderen Briefe:

„Ich bin ein alter Parteigänger, aber nie habe ich mehr Erzschelmenbande gefunden als unter den heutigen Geschäfts-Antisemiten. Das aber dürfen Sie privatim erklären, daß ich nach dreißigjährigem Judenkrieg mich mit Ekel bis zum Erbrechen abwende von dem ganzen heutigen Geschäftsschwindel-Antisemitismus. Ich werde diese Behauptung nicht widerrufen.“ —

Der Präsenzstand der himmlischen Heerschaaren ist nach dem wohlunterrichteten Dichter der „Kreuz-Zeitung“ trotz der überall vermehrten Heeresmacht, derselbe wie vor tausend Jahren geblieben. Auch heute läßt sie zum Schutze des Kaisers von des Himmels reisigen Schaaren nur Zehntausend zur Rechten, Zehntausend zur Linken aufmarschiren. Der Militarismus scheint also nur auf Erden die Eigenschaft zu haben, den „Präsenzstand“ immer und immer zu vermehren. —

Lieber Hirsche als Menschen. In kapitalistischen Blättern finden wir, ohne irgend ein Wort des Kommentars, folgende Notiz:

„In Schottland sind seit 1883 2½ Millionen Acres Land für Jagdzwecke in Hirschparks umgewandelt worden, auf denen Jagdliebhabern zu enorm hohen Preisen die Erlaubniß zur Jagd ertheilt wird. Es lohnt sich für die Grundbesitzer besser, als wenn sie das Land für landwirthschaftliche Zwecke benutzen oder verpachten. Die unglücklichen Bauern wurden einfach ausgetrieben und sind entweder verhungert oder ausgewandert.“

Die Thatsache ist richtig und den Lesern des „Kapitals“ von Marx wohl bekannt. Und keine Thatsache beleuchtet heller und greller die Gemeinschädlichkeit des Privateigenthums an Grund und Boden — dem wichtigsten aller Produktionsmittel. Wenn es dem Grundbesitzer (Landlord) profitabler erscheint, jagt er die Menschen fort und ersetzt sie durch wilde Thiere — die fortgejagten Menschen mögen verhungern. Und dabei jammern die englischen und schottischen Landlords, daß so viel Getreide von außen eingeführt wird — d. h. zollfrei. Denn beständen Kornzölle, die den Brotpreis künstlich vertheuerten und ihnen die Einkünfte vermehrten, dann hätten sie nichts einzuwenden.

Dank dem Privateigenthum an Grund und Boden ist es möglich, daß die englischen Landlords alles zur Ernährung des Volkes nöthige Land in Wildparks verwandeln, die nur dem Vergnügen einiger Weniger dienen. Ebenso wie dank dem Privateigenthum an Minen und Bergwerken die Grubenbesitzer Kohlen und Eisen dem Volk vorenthalten können, wenn es ihrem Privatinteresse dient. —

Die italienische Regierung will auch in Sozialpolitik machen — das gehört zur Mode. Sie hat einen Gesetzentwurf zur Einrichtung gewerblicher Schiedsgerichte vor die Kammer gebracht. Ein Korrespondent der „Vossischen Zeitung“ schreibt darüber aus Rom d. d. 24. Januar:

„Um wenigstens einen schwachen Anfang einer Arbeiter-Gesetzgebung aufweisen zu können, hat die Regierung der Kammer eine Vorlage, betreffend die Einrichtung gewerblicher Schiedsgerichte, unterbreitet, nachdem schon im Jahre 1878 ein ähnliches Gesetz durch die von Crispi ernannte Kommission für Maßnahmen gegen die Arbeitseinstellungen beantragt worden war. Der Minister Chimirri, der die mit dem Kammerausschusse vereinbarte Vorlage vertheidigte, bekannte selber, daß der beabsichtigte erste Schritt sehr behutsam sei und nicht weit greife, daß man dagegen schon den Vorwurf übermäßiger staatlicher Einmischung, unzureichender Machtvollkommenheit der Schiedsgerichte und nachtheiliger Beschränkung auf die gewerblichen Arbeiter — unter Ausschließung der landwirthschaftlichen — erhoben habe. Nach dem Minister ist aber der Zweck der Vorlage überlegter Maßen sehr bescheiden. Man darf nicht hoffen, die großen gewerblichen Streitfragen zu lösen, die großen Schäden der gewerblichen Zustände zu beseitigen, sondern muß zufrieden sein, wenn man gewisse kleine Ursachen der Reibung aus der Welt schafft, häufige leichte Anläße zu Zusammenstößen und Verfeindungen beseitigt, die alltäglichen Zwistigkeiten und Mißverständnisse zwischen Arbeitern und Arbeitgebern nach Möglichkeit friedlich und billig löst. Die Arbeiter-Schiedsgerichte sollen keineswegs die Zuständigkeit und Thätigkeit der ordentlichen Gerichte beschränken oder für gewisse Gebiete ausschließen, sondern dieselben nur ergänzen, wie die

---

Ende solcher Zustände sein müssen? Stellen Sie sich nur einmal vor, was unsere Arbeiter schaffen! Sonst beliebte man, wenn man auf die Noth der arbeitenden Klassen zu sprechen kam, zu sagen: „Ach das faule Volk ist genußsüchtig, lüderlich und arbeitsscheu!“ In beinahe allen modernen Kulturländern ist man sogar zuweilen daran gegangen, sie zusammenzuschießen, weil sie sich nicht mehr ruhig ausbeuten lassen wollten; und Gott weiß, wie weit die Rachsucht der erschreckten Bourgeoisie in Paris nach Niederwerfung des Kommune-Aufstandes gegangen wäre, wenn nicht die heikle Frage: wen beuten wir aus, wer arbeitet dann für uns? die vom Blut berauschten Köpfe wieder ernüchtert hätte. Machen Sie sich einen Begriff von der Arbeitsleistung der arbeitenden Klassen. Nehmen Sie einmal Alle weg, die nichts arbeiten, so vor allen Dingen die Reichen, welche blos von den Zinsen ihrer Kapitalien leben; bedenken Sie, daß der Kaufmann nichts produzirt, daß das Heer von Beamten, Geistlichen, Advokaten u. s. w. keine neuen Werthe schafft; daß die große Hälfte des Menschengeschlechtes, die weibliche, zum guten Theile außer Stande ist, sich ausreichend zu erhalten; daß die Kinder ernährt werden müssen, die noch nicht arbeiten können, es auch nicht sollen, daß für die Kranken, Krüppel und Invaliden gesorgt werden muß, und machen Sie sich daraus ein Exempel, wie groß der Prozentsatz Derer sein kann, denen die ungeheure Aufgabe zufällt, sich und die Anderen zu ernähren, die Bedürfnisse des Staates zu decken und trotzdem auch noch den sogenannten Nationalreichthum zu vermehren. Und doch würde das Exempel noch lange nicht stimmen, wenn Sie außer Berechnung ließen, daß man gerade aus diesen Ernährern Aller die Tüchtigsten auf Jahre für militärische Zwecke herausnimmt, so daß sie die große Arbeitslast noch vermehren müssen, statt sie erleichtern zu helfen. Was für Zustände!“

„Ja, und nun noch dabei zu denken,“ fiel Lange ein, „daß dieser abnorme Zustand, der schließlich nur zu einer entsetzlichen Revolution zu führen droht, bei einigem guten Willen oder durch Rückkehr zu natürlichen Grundsätzen vermieden werden könnte, doch, trotz aller warnenden Anzeichen drohender Gefahr, aufrecht erhalten wird unter den Seufzern und Thränen einer mißhandelten Menschheit! Möchte man da nicht mit Donner und Blitz in eine solche Staatsmaschine einschlagen? Aber Herr Frank, Sie waren wohl mit den nöthigen Darlegungen der Situation zu Ende und wollten mit einem praktischen Vorschlage enden?“

„So ist es in der That; doch muß ich befürchten, die Erwartungen zu hoch gespannt zu haben; denn wenn ich die Größe des Uebels bedenke, wie es sich mir gleichsam wie von selbst jetzt vor Augen gestellt hat, so erscheint mir das Auskunftsmittel, welches ich Ihnen empfehlen wollte, viel zu klein, und ich muß mir schließlich sagen, daß nur im Großen und Ganzen durch den Staat, d. h. durch die Gesammtheit der Staatsbürger, geholfen werden kann.“

„Lassen Sie sich trotzdem nicht abhalten, mit Ihrem Vorschlage herauszutreten,“ mahnte Lange.

„Das will ich auch nicht; denn ich mußte mir auf der anderen Seite sagen, daß wir mit dem bloßen Wünschen und Begehren, Agitiren und Belehren auch nicht zum Ziele gelangen. Praktische Versuche müssen daneben hergehen; es wird uns und Anderen dadurch Vieles klar werden; und wenn ich auch glaube, daß kein wirklich gebildeter und aufgeklärter, kein gerecht denkender und wahrhafter Volksfreund den Bestrebungen der arbeitenden Klassen zur Hebung ihrer Lage fernbleiben kann, so wird doch das praktische Beispiel, die thatsächliche Beweisführung für die behaupteten Möglichkeiten wesentlich zur Unterstützung der reformatorischen Bestrebungen beitragen.

„Was das Auge sieht, das glaubt das Herz“, heißt's beim Volke; und darum, meine Herren, benützen wir unser zufälliges Miteinanderbekanntwerden an diesem Orte dazu, um mit ungeheurer Ironie an einem solchen Brennpunkte moderner sozialer Zustände dem Zeitgeiste ein Schnippchen zu schlagen. Gründen wir einen Verein für's Leben, eine Brüderschaft zu gegenseitiger Unterstützung und Förderung, auf Grundlage des ersten, einfachsten, gerechtesten und natürlichsten Gesellschaftsvertrages, wie wir uns denselben im Anfange vorgestellt haben. Und so weit ist, Gott sei Dank, die heutige Gesellschaft noch nicht verschroben, daß ein Gesellschaftsvertrag, wie ich ihn vorschlagen will, criminell verfolgt werden könnte. Wir können ohne Furcht vor Polizei- und Gerichtshudeleien unsere Verschwörung am hellen Tage in Szene setzen. Die Grundbestimmung unseres Vertrages lautet: „Ich helfe Dir, Du hilfst mir nach Kräften.“ Wir stehen uns in allen Nöthen und Drangsalen des Lebens getreulich zur Seite und wirken außerdem mit vereinten Kräften an der Verwirklichung unserer Ideale in der großen Welt. Jeder wirbt Gesinnungsgenossen, wo immer es sich thun läßt: ordentliche, vernünftige Leute, die vollständig mit uns harmoniren. Sobald mehrere Gesinnungsgenossen von einem Fache sich gefunden haben, vereinigen sich dieselben zu einer Genossenschaft, die sobald die ausreichenden Mittel vorhanden, mit anderen Organisationen ebenso in Verbindung tritt, wie die einzelnen Mitglieder unseres Bundes es untereinander sofort thun sollten.

„Großartige Schwierigkeiten mögen sich erheben; aber wenn wir Alle wissen, was wir wollen, und Alle wollen, was wir können, dann kommen wir dahin. Wir machen es wie die Flüsse: legt man denen einen Felsen vor, so gehen sie um denselben herum und kommen doch zum Meere; will man sie aber auf weite Strecken ungebührlich eindämmen, so schwellen sie an und fließen darüber hinweg, sofern sie die Dämme nicht gar zerreißen. Zunächst wenden wir uns gegenseitig unsere Kundschaft zu. Sie sollen bald sehen, wie das ineinandergreifen wird. Herr Draht, ich lasse mir morgen meine Stiefel von Ihnen vorschuhen. Sie, Herr Streit, führen uns unsere Rechtssachen. Sie, Herr Mandel, richten uns unsere Geschäftsbücher ein und helfen uns sonst mit Ihrer Geschäftserfahrung. Wir werden ein Programm, einen Gesellschaftsplan drucken lassen: diese Arbeit bekommen Sie, Herr Barth, sowie die Ausführung aller Drucksachen und Lithographieen. Wir werden einen Verkaufsladen für unsere Mitglieder einrichten, durch welchen ein gerechter Austausch der Arbeitsprodukte vermittelt werden kann; wir werden eine Vereinskasse gründen, in welcher wir das niederlegen, was wir früher dem Wucherer, dem Kapital, dem Spekulanten, dem Schmarotzer und Gott weiß wem abgeben mußten; wir werden dazu kommen, eine kleine Kreditbank für uns zu errichten, wir .... doch ich will nicht Martha mit dem Milchtopfe spielen und zunächst

bestehenden Schiedsmänner für Privatstreitigkeiten es thun. Andernfalls würden die Schiedsgerichte ein Nachtheil für die Arbeiter geworden sein, welche sich den Weg zu den ordentlichen Gerichten verschlossen gesehen hätten. Der Einfluß der Regierung beschränkt sich auf die Ernennung der Vorsitzenden der Schiedsgerichte, welche aus Gründen der Unparteilichkeit weder den Arbeitern noch den Arbeitgebern entnommen werden dürfen und durch königliches Dekret ernannt werden. Die Ausdehnung auf die landwirthschaftlichen Arbeiter war noch nicht möglich, weil es an allen Vorarbeiten und Beispielen ähnlicher Einrichtungen sowie an Organisation der Landarbeiter und einem landwirthschaftlichen Gesetzbuche fehlt. Einen Ersatz kann für jetzt die Erhöhung der Urtheilsbefugniß der Schiedsmänner auf Streitgegenstände bis zu 100 Lire bieten. Hierdurch und durch Erweiterung des kostenlosen Rechtsweges wird auch auf dem Lande für ausreichenden Zivilrechtsschutz selbst der Nichtbesitzenden gesorgt werden. Die Kammer nahm gestern die ersten acht Artikel der Vorlage an. Die beantragte Wählbarkeit der Vorsitzenden der Schiedsgerichte wurde abgelehnt.

Diese Schiedsgerichte sind, wie man sieht, ein Messer ohne Stil und Klinge. Daß die Regierung im Interesse der „Unparteilichkeit" die Vorsitzenden wählt, kann nur als ein Scherzchen betrachtet werden. Die „Unparteilichkeit" besteht darin, daß die Werkzeuge der Arbeitgeber statt von diesen selbst, von der Regierung gewählt werden — also indirekte Wahl statt direkter. Es giebt keine Regierung, die so vollständig unter dem Einfluß der Arbeitgeber und Kapitalisten stünde, wie die italienische, die stets in Geldverlegenheit ist und vor der Arbeiterbewegung eine wahrhaft kindische, nur aus totaler Unkenntniß zu erklärende Angst hat. Eine Regierung, die am 1. Mai eine harmlose Arbeiterkundgebung als einen Aufstandsversuch ansehen und gegen die Theilnehmer den skandalösesten politischen Prozeß der Neuzeit anzetteln konnte, hat von vornherein keinen Anspruch darauf, daß ihre sozialpolitischen Experimente ernst genommen werden. Sie soll erst einmal den Skandal des Maiprozesses sich vom Hals schaffen und nach Möglichkeit das verübte Unrecht sühnen. Dutzende von unschuldigen Männern sind seit fast 9 Monaten im Gefängniß, und die Regierung, nachdem die erste Prozeßkomödie so jammervoll mißglückte, ist außer Stand ein gesetzliches Mäntelchen für ihr ungesetzliches Vorgehen zu finden, aber auch ohne den moralischen Muth, ihren Irrthum einzugestehen und den Opfern ihrer Unwissenheit und Willkür die Freiheit zurückzugeben — hat die Welt jemals ein kläglicheres und schmachvolleres Schauspiel gesehen? —

Russisches. Ueber das Schicksal der zu Beginn des Nothstandes nach Sibirien ausgewanderten russischen Bauern, die dort, wo die Ernte gut gerathen war, lohnende Arbeit beim Bau der sibirischen Bahn zu finden hofften, berichtet die „Vossische Zeitung". Die Auswanderer geriethen, da die Arbeiten zum größten Theil eingestellt sind und auch nur Sträflinge und Ansiedler beschäftigt werden konnten, bald in Noth. Diejenigen, welche auf dem Seewege nach Wladiwostok gelangten, konnten wenigstens, da sie meist im Besitze von Geldmitteln waren, auf dieselbe Art den Rückweg antreten; schlimmer erging es Denjenigen, welche den mühsamen Landweg über den Ural wählten. Aus Petersburg, den 27. Januar wird jetzt telegraphisch der „Voss. Ztg." gemeldet:

Hier gingen traurige Berichte ein über das Schicksal der 14 000 Bauern, welche aus den nothleidenden Provinzen nach Sibirien auswanderten und durch Armuth gezwungen waren, in Tjumen Halt zu machen. Typhus, Scharlachfieber und Masern wüthen unter ihnen, Hunderte sind bereits gestorben und die Uebrigen leben im schrecklichsten Elend ohne genügendes Obdach gegen die bittere Kälte.

Und in Petersburg sitzt in seinem Palaste der Zar, brütet Kriegspläne aus, schmiedet Unterdrückungsmaßregeln über das eigene Volk, und vergeudet für diese Zwecke die den verhungernden Volke ausgepreßten Gelder. Den Namen dieses Zaren einem Attila oder Dschingischan zur Seite zu stellen, hieße diesen Unrecht thun. —

Wie weit Japan noch in der Kultur zurück ist, beweist folgende Mittheilung der neuesten Nummer des „Ostasiatischen Lloyd":

Der Redakteur der „Jiyu Shimpo", eines der einflußreichsten japanischen Blätter, hat Selbstmord begangen, weil er darüber Reue empfand, von der Regierung eine Subvention angenommen zu haben.

Man sieht, bemerkt hiezu die „Vossische Zeitung", daß der Redakteur des „Jiyu Shimpo" noch in den Anfängen europäischer Bildung steckte. Daß sich hier zu Lande ein Offiziöser vom Leben zum Tode gebracht hätte, weil er Gelder von der Regierung angenommen hatte, ist ganz unerhört. Im Gegentheil, eine stattliche Reihe von offiziösen Schriftstellern wartet nur sehnsüchtig der Stunde, in welcher die „gute Gesinnung" durch eine „Subvention" unterstützt wird. Mit der Zeit wird die Kultur sicherlich auch in Japan solche Fortschritte machen, daß ein Soldschreiber der Regierung nicht nur den Selbstmord, sondern sogar das Erröthen verlernt. Das, möchten wir die „Vossische" ergänzend hinzufügen, bringen schließlich nicht nur Soldschreiber der Regierung, sondern auch solche von Lessing's Erben fertig. —

---

fragen, ob mein Vorschlag im Prinzip bei Ihnen Anklang findet?"

„Ein solcher Versuch ist interessant und belehrend zugleich", rief der Schriftsteller, „deshalb bin ich dabei, zumal ich hier intelligente und gutgesinnte Elemente für eine solche Verbindung finde, was immerhin die Aussichten verbessert. Ich schwärme zwar nicht für Konsumvereine, Produktiv-Genossenschaften und ähnliche Unternehmungen zur Bekämpfung der Ausbeutung in unserer heutigen Gesellschaft, weil sie nur zeitweilige Auskunftsmittel sind, aber es wird in diesem Falle ein Kern gleichgesinnter und solidarisch verknüpfter Gesinnungsgenossen gebildet, der mit der Zeit eine große Stärke entwickeln mag. Glücklicherweise bin ich, um die erwachenden Hoffnungen zu beleben, in der Lage, Ihnen, Herr Draht, die Kundschaft der Barth'schen Druckerei und vieler anderen Schriftsetzer und Buchdrucker in Aussicht stellen zu können, vorausgesetzt, daß Sie dann Ihre Gehilfen nicht ausbeuten, sondern ihnen nach billigen Grundsätzen einen Antheil am Geschäftsertrag gewähren."

„Es ist mir noch nicht Alles klar geworden," meinte der alte Meister, „aber ich fühle heraus, daß Sie etwas Gutes wollen, und die alten Verhältnisse haben mich nicht sehr weit gebracht. Ich werde mich also von Ihrem Rathe leiten lassen."

„Da sind wir nun schon drei," bemerkte Frank, „denn ich gehöre selbstverständlich zum Bunde. Wie steht es mit Ihnen, Herr Mandel?"

„Ich weiß so wenig, wie es in der nächsten Zeit mit mir gehen wird," meinte der Kaufmann, „daß ich nichts weiter erklären kann, als daß mich Ihr Vorhaben interessirt und ich zur Beihilfe erbötig bin."

„Das sind vier," notirte Frank, „Sie, Herr Barth, brauche ich wohl nicht erst zu fragen?"

„Meine Ansichten sind Ihnen zur Genüge bekannt," erklärte der Buchdrucker, welcher während der vorangegangenen Darlegungen das lebhafteste Interesse zu erkennen gegeben hatte.

(Fortsetzung folgt.)

Parteinachrichten.

Die „Post", das edle Blatt der „Edelsten der Nation", hält es wieder einmal für nöthig, öffentlich zu beweisen, daß ihr im Kampfe gegen die Arbeiter das fragwürdigste Mittel gerade gut genug ist. Unverfroren wie sie ist, giebt sie sich den Anschein, als wenn sie selbst daran glaube, daß der im Buerer Prozeß verurtheilte Bergmann Nike und seine Genossen Sozialdemokraten seien. Und was führt sie zur Begründung dessen an? Der Bergmann Nike soll nach dem Kapitalistenblatt „Rhein.-Westfäl. Ztg." bei der Frage, ob er gegen das Urtheil Berufung einlegen wolle, mit „gleichmüthigem Grinsen gesagt haben:

„Das ist nicht nöthig, in längstens sechs Jahren haben wir doch das Regiment und dann werden mich meine Kameraden im Triumph aus dem Zuchthaus holen" —

Es genügt sonach, die blödsinnige Argumentation der „Post" einfach tiefer zu hängen.

* * *

In Liebenthal (Kreis Niederbarnim) erstattete neulich der Reichstags-Abgeordnete Arthur Stadthagen, Vertreter jenes Kreises, über seine Thätigkeit im Reichstage seinen Wählern Bericht. In der Diskussion wurde vom Genossen Zillmann auf das stetige Wachsthum unserer Partei seit dem Jahre 1871 hingewiesen, während der Genosse Stegemann das Nichterscheinen Bismarcks im Reichstage der gebührenden Beleuchtung unterzog und darauf aufmerksam machte, daß die Abgeordneten der anderen Parteien die öffentliche Berichterstattung über ihre Thätigkeit unterlassen, trotzdem das Gegentheil ihre Pflicht und Schuldigkeit wäre. Gegner meldeten sich trotz wiederholter Aufforderung nicht zum Wort. Die Versammlung stimmte der Thätigkeit Stadthagens und der ganzen sozialdemokratischen Reichstagsfraktion voll und ganz zu und erklärte, daß nur durch eine Volksvertretung wie die sozialdemokratische es ist, etwas Gutes und Nützliches erreicht werden könne, weshalb unsere Partei mit allen Kräften unterstützt werden müsse. Dann besprach Herr Meinhard aus Friedrichsberg die Landgemeinde-Ordnung und forderte zu thatkräftiger Betheiligung an den Gemeindewahlen auf. Nachdem noch zum fleißigen Abonnement auf das „Volksblatt für Niederbarnim" angeregt worden war, welches Blatt alles für Arbeiter Wissenswerthe enthalte, ging die Versammlung mit einem brausenden Hoch auf die Sozialdemokratie und mit dem Gesang der Arbeitermarseillaise auseinander.

Soziale Uebersicht.

Die Agitationskommission der Bäckerei-Arbeiter Deutschlands hat im Auftrage des am 24. bis 26. Juni v. J. zu Altenburg stattgehabten Kongresses dieser Branche an den Bundesrath das Ersuchen gerichtet, auf Grund der ihm nach § 120e Abs. 3 der Gewerbe-Ordnung zustehenden Befugniß

1. die höchste zulässige Arbeitszeit für Bäckerei-Betriebe auf 12 Stunden täglich inkl. der zum Essen u. s. w. nothwendigen Pausen festzusetzen;
2. die Nachtarbeit jugendlicher Arbeiter, Lehrlinge unter 16 Jahren zu verbieten;
3. die Bäckerei-Betriebe der Aufsicht der Fabrik-Inspektoren zu unterstellen.

Zur Begründung wird angeführt:

„Die erstatteten Situationsberichte der Delegirten auf dem Kongreß, sowie die in letzter Zeit erfolgten statistischen Erhebungen über die Lage der Arbeiter in den Bäckereien, auch unsere eigenen Erfahrungen ergeben, daß im Bäckergewerbe eine Arbeitszeit von 14, 16, 18 und sogar von 20 Stunden üblich ist; so ergiebt z. B. die im Jahre 1889 erfolgte statistische Erhebung, deren Resultat vom Reichstags-Abgeordneten A. Bebel zusammengestellt und in einer Broschüre (Die Lage der Arbeiter in den Bäckereien) der Oeffentlichkeit übergeben ist, daß in den 667 Betrieben, welche zusammen 2494 Arbeiter, und zwar 1974 Gesellen, 490 Lehrlinge und 30 Hilfsarbeiter beschäftigen:

4	Betriebe	20	Arbeiter	mit einer	tägl.	Arbeitszeit	von 20	Std.
13	„	61	„	„	„	„	„ 19	„
39	„	151	„	„	„	„	„ 18	„
57	„	333	„	„	„	„	„ 17	„
73	„	303	„	„	„	„	„ 16	„
88	„	349	„	„	„	„	„ 15	„
142	„	494	„	„	„	„	„ 14	„
89	„	311	„	„	„	„	„ 13	„
99	„	345	„	„	„	„	„ 12	„
33	„	104	„	„	„	„	„ 11	„
26	„	110	„	„	„	„	„ 10	„
8	„	13	„	weniger denn 10 Stunden arbeiten.				

Die in München im Jahre 1890 erfolgte statistische Erhebung ergiebt von 174 Betrieben, welche 657 Arbeiter beschäftigen (605 Gesellen und 52 Lehrlinge), Folgendes:

Es arbeiten:

3	Gesellen	und 2	Lehrlinge	täglich	8	Stunden,
10	„	„ 1	„	„	9	„
17	„	„ 3	„	„	10	„
34	„	„ 2	„	„	11	„
38	„	„ 5	„	„	12	„
49	„	„ 4	„	„	13	„
72	„	„ 3	„	„	14	„
154	„	„ 12	„	„	15	„
120	„	„ 9	„	„	16	„
74	„	„ 7	„	„	17	„
25	„	„ 2	„	„	18	„
10	„	„ 2	„	„	19	„
1	„			„	20	„

Hierbei ist zu berücksichtigen, daß diese Zahlen nur die gewöhnliche Arbeitszeit betreffen. Außer dieser Arbeitszeit ist fast in allen Orten Deutschlands vor Festzeiten, Jahrmärkten u. dergl. die Arbeitszeit eine bedeutend längere. So werden z. B. in Hamburg 8 bis 10 Wochen vor Weihnachten täglich 2 bis 4 Stunden länger gearbeitet, ähnlich ist das Verhältniß in Dresden, Leipzig u. s. w. Es ist ferner in Erwägung zu ziehen, daß diese Arbeitszeit meist in die von der Natur für den Menschen bestimmte Ruhezeit, in die Nachtzeit fällt, und in gesundheitsschädlichen, von Mehlstaub geschwängerten, jeder Ventilation entbehrenden Räumen vollbracht wird, und dies oft bei einer Temperatur von 25 bis 35 Grad Reaumur.

Für die jugendlichen Arbeiter (Lehrlinge) ist die Arbeitszeit größtentheils eine noch längere, da dieselben nach gethaner Arbeit zum Austragen, Hausiren der fertiggestellten Waaren herangezogen werden. So wie das hier angeführte Resultat aus 667 Betrieben wird auch das gesammte Resultat sein.

Amtliche Erhebungen würden das Gesammtbild sicher noch ungünstiger gestalten. Die Arbeitszeit ist an Sonn- und Festtagen mit wenigen Ausnahmen eine noch längere.

Daß die lange Arbeitszeit, verbunden mit schlechter Ernährung und ungesunden Schlafräumen der Arbeiter, frühes Siechthum für die Betheiligten zur Folge hat, ist wohl erklärlich. Man findet unter den Bäckern selten Leute, die das 30. Lebensjahr vollendet haben. Wie dem Bundesrath auch wohl bekannt sein wird, befinden sich unter den Bäckerei-Arbeitern die meisten zum Militärdienst untauglichen Leute. Die Berufs-Krankenkassen der Bäcker sind durch Brust-, Lungen- und Typhuskranke überlastet. Die jugendlichen Arbeiter werden durch die überlange Arbeitszeit in ihrem Wachsthum, in ihrer geistigen und körperlichen Entwickelung behindert.

Es ist weiter in Erwägung zu ziehen, daß bei den angeführten Thatsachen es sehr nahe liegt, daß viele Krankheitskeime, z. B. die der Lungenschwindsucht, auf das herzustellende Produkt übertragen werden, und so die Bäckerei-Betriebe zu Verschleppungsheerden ansteckender Krankheiten werden.

Mit diesen Thatsachen glauben wir bewiesen zu haben, daß die Voraussetzungen des § 120e Abs. 3 der Gewerbe-Ordnung zutreffen.

Wir glauben ferner bewiesen zu haben, daß wir nicht allein berechtigt, sondern auch verpflichtet sind, im Interesse Tausender von Staatsbürgern, welche in Bäckerei-Betrieben beschäftigt sind und durch diese Zustände einem frühen Siechthum verfallen; sowie im Interesse von Millionen von Staatsbürgern, welche die in den Bäckereibetrieben hergestellten Produkte genießen, im Interesse der Volkswohlfahrt und guter sanitärer Zustände vom Bundesrath fordern zu dürfen, von dem ihm im § 120e Abs. 3 der Gewerbe-Ordnung gegebenen Recht Gebrauch zu machen, und dem oben angeführten Ersuchen Rechnung zu tragen.

Es würde weiter nothwendig sein, die Arbeitszeit der Lehrlinge auf eine kürzere Zeit denn 12 Stunden zu beschränken, sowie Bestimmungen zu treffen, daß die Zeit des Besuches der Fortbildungsschule nicht außerhalb der täglichen Arbeitszeit, sondern in dieselbe fällt."

Die Mannheimer Gewerkschaften haben zur Gründung eines Zentral-Arbeitsnachweise-Büreaus eine siebengliedrige Kommission gewählt, welche die nöthigen Vorarbeiten zu besorgen hat.

Nach siebenmonatlichem Warten hat der Fachverein der Zimmerleute von Mülhausen i. E. jetzt endlich seine Statuten genehmigt bekommen.

Die beim letzten Bergarbeiterstreik von den Zechenverwaltungen nach Rheinland-Westfalen geloockten Sachsen sind zumeist jetzt übel daran. Bei den fortwährenden Einschränkungen der Förderung und den daraus hervorgehenden Arbeiterentlassungen haben sie, einmal außer Stelle gekommen, keine Aussicht, Beschäftigung zu erhalten. Arbeitslose, welche um Arbeit nachfragten, erhielten von den Zechenbeamten einfach die Gegenfrage zur Antwort, wie viel Ueberflüssige sie noch von den Zechen mitnehmen wollten. Es ist deshalb jedem Bergmann abzurathen, nach Rheinland-Westfalen überzusiedeln. Die besten Geschäfte machen daselbst jetzt die Herbergen und Pfandleih-Anstalten.

Nach dreißigjähriger Thätigkeit in einer und derselben Fabrik wurde in Halle a. S. nach einer Mittheilung des dortigen „Volksblattes" ein Arbeiter entlassen. Der Mann ist jetzt 60 Jahre alt. Wer wird für ihn sorgen? Vermuthlich dieselbe „Christenliebe", welche seine Entlassung zuließ.

Die vereinigten Gewerkschaften der französischen Flaschenglas-Arbeiter (Sitz Carmaux, Departement Tarn) erstatten in einem Schreiben für die aus Deutschland erhaltene Streikunterstützung ihren Dank ab. Das Schreiben lautet in seinen bemerkenswerthesten Stellen folgendermaßen:

„Unser allgemeiner Streik ist beendigt. Leider sind in ganz Frankreich 60 Gemaßregelte verblieben, die wir aber mit der Zeit unterzubringen hoffen. Im Namen sämmtlicher Glasarbeiter Frankreichs sprechen wir Ihnen für die uns erwiesene Solidarität den herzlichsten Dank aus. Ihre Hilfe hat uns in vielen Glashütten einen kleinen Sieg ermöglicht. Wir erkämpften uns durch den Streik das Recht, die Ausschußwaare, die früher dem Verkauf übergeben wurde, vernichten zu dürfen. Weitere Erfolge sind: die Lohnzahlung findet aller 14 Tage statt, Sonntagsruhe ist eingeführt, Heizmaterial wird gratis geliefert, die Familienväter erhalten bis 6 Franken Beitrag zum monatlichen Hauszins, ferner alle Arbeiter eine kleine Lohnerhöhung. Endlich verpflichteten sich die Unternehmer zur Anerkennung unserer Gewerkschaften (Syndikate). Diese Vortheile haben wir, wie angedeutet, nur durch die Solidarität der übrigen Arbeiter erlangen können. Wenn die Solidarität einmal allgemein richtig verstanden sein wird, dann werden die Landesmarken und die brudermörderischen Kriege aufhören und die Bruderschaft der Völker wird das herrschende Prinzip sein. Wir entbieten sämmtlichen Kollegen Deutschlands brüderlichen Handschlag!

Der Hauptsekretär: Marius Rauzier,
Rue St. Barbe in Carmaux (Tarn) Frankreich."

Soziale Kontraste. Das Londoner „Daily Chronicle" theilt mit, daß durch den Tod eines Prinzen der Posten eines Gouverneurs und Befehlshabers des Rundthurmes auf dem Schlosse Windsor mit einem Gehalt von 1200 Pfd. Strl. (24 000 M.) und „keinen Dienstleistungen" erledigt sei und der Königin zur weiteren Verfügung stehe. — „In dem Arsenal von Wolwich", bemerkt dazu der „Trade Unionist", „müssen die Arbeiter für wöchentlich 17 M. arbeiten. Wenn ein Posten keine Dienstleistung erfordert, warum nicht hinweg mit dem Posten? So wenigstens macht man es mit Arbeitern, wenn „nichts zu thun ist"."

Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit der Raum dafür abzugeben ist, dem Publikum zur Besprechung von Angelegenheiten allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie verwahrt sich aber gleichzeitig dagegen, mit dem Inhalt desselben identifizirt zu werden.

Auf den Sprechsaal-Artikel der Herren Ph. Schmitt und A. Faber und der Frau Sabat in Nr. 21 des „Vorwärts" vom 26. Januar erwidere ich Folgendes:

Gerüchte sind meinerseits nicht verbreitet worden, sondern meine Aeußerungen that ich in einer Versammlung, die von Vertretern der Kommission besucht war.

Um nun das Für und Wider zu erledigen, lade ich die Unterzeichner jenes Sprechsaal-Artikels ein, in der zu diesem Zweck auf Mittwoch, den 3. Februar, Abends 8 Uhr, einberufenen öffentlichen Versammlung der Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen bei Gratweil, Kommandantenstr. 79, zu erscheinen.

Oskar Krüger, Elisabethufer 28.

Bis zum Austrag der Sache bitten wir alle Arbeiter Berlins, mit ihrem Urtheil über dieselbe zurückzuhalten; und im Uebrigen sowohl die ausgesperrten Buchdruckerei-Hilfsarbeiter wie die ausgesperrten Buchdruckergehilfen auch ferner so thatkräftig zu unterstützen wie bisher. Redaktion des „Vorwärts".

Theater.

Donnerstag, den 28. Januar.

Opernhaus. Cavalleria rusticana. Vorher: Der Barbier von Sevilla.
Schauspielhaus. Die Büste. Eine alte Schachtel.
Lessing-Theater. Der Unerbittliche. Vorher: Unter vier Augen.
Deutsches Theater. Kollege Crampton
Berliner Theater. Othello.
Residenz-Theater. Madame Mongodin. Vorher: Modebazar Violet.
Wallner-Theater. König Krause.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Das Sonntagskind.
Thomas-Theater. Cacao.
Belleallianee-Theater. 'S Nullerl.
Ostend-Theater. Am Altar.
Adolph Ernst - Theater. Der Tanzteufel.
Alexanderplatz-Theater. Berliner Pflaster.
Feenpalast. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Konkordia-Palast-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Eiskeller. Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

Gratweil'sche Bierhallen.
Kommandantenstr. 77—79.
Heute sowie täglich:
Auftreten der
Hamburger Gaudebrüder
Konzert- und Kouplet-Sänger.
Anfang Wochentags 7½ Uhr, Sonntags 6 Uhr. Entree: Wochentags **10 Pf.**, Sonntags **25 Pf.**
Empfehle meinen berühmten **Mittagstisch à la Duval.** 3 Kegelbahnen 6 Billards, 2 Säle. 1169L

Etablissement Buggenhagen
am Moritzplatz.
Täglich:
Unterhaltungs-Musik.
Direktion **A. Rödmann.**
Dienstag und Freitag: **Walzer-Abend.**
Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
Spezial-Ausschank von Patzenhofer Export-Bier, Seidel 15 Pf.
641 **F. Müller.**

Castan's Panopticum
Friedrichstr. 165a, Ecke Behrenstr.
Neu:
Die fliegende
Geigen-Fee.
Lebend, ohne Extra-Entree. Neueste musikalische Illusion. Vorstellungen: 12 Uhr u. 1 Uhr. — 4, 5, 6, 7, 8 und 9 Uhr Nachmittags.
Kolossal-Gruppe: **Bauern-Aufstand!**
Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.
Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr Ab.

Passage-Panopticum.
Lebensgroße **Wachsfiguren und Gruppen, Dioramen.**
Sündfluth-Panorama mit Gewitter.
Im **Theater-Saal** (ohne Extra-Entree): Täglich v. 6 Uhr ab Vorstellung von Spezial. I. Rang.
Entree 50 Pf.

Viel neue Spezialitäten.
La belle Irene,
die tätowirte Amerikanerin in
Präuscher's anatomischem Museum
nur noch kurze Zeit Kommandantenstr.
Täglich für erwachsene Herren.
Dienstag und Freitag für Damen.

Allen Genossen u. Bekannten empfehle mein **Weiß- u. Bairisch-Bier-Lokal.** Vereinszimmer noch einige Abende zu vergeben. **E. Siegemund,** Metallschleifer a. D., Eisenbahnstr. 20.
1178b

Vereinszimmer, 15 u. 50 Pers. fass. zu vergeb. **Flick,** Simeonstr. 23.

Großer Saal ist Sonntags und Wochentags zu vergeben. Böhow-Brauerei, Prenzlauer-Thor.

Verkaufe meine Restauration für 3000 M. per Kasse sofort. 1874L **Arthur Ziemer,** Cuvrystr. 17.

Ein Schankgeschäft ist Umst. halb. zu verkaufen. Zu erfr. Bergstr. 10 b. Merker.

Bierverlag nebst Ausschank für 6000 M. bei 500 M. Anzahlung (altes Geschäft) zu verk. Off. sub. I. R. 177 Exp. d. Bl. 1170b

Damen- u. Herren-Masken werden billig verliehen Melchiorstr. 1, v. 4 Tr.

Künstliche Zähne 2 Mark. Plomben von 1,50 M. an. **Schmerzloses Zahnziehen 1 M. Sprechstunden 8—7 Uhr.** Zahnarzt **Robert Wolf,** Chausseestr. 123, am Oranienb. Thor.

Circus Renz.

Karlstraße.

Donnerstag, den 28. Januar 1892, Abends 7½ Uhr:

„Auf Helgoland"
oder: **Ebbe und Fluth.**

Große hydrologische Ausstattungs-Pantomime in 2 Abtheilungen mit National-Tänzen (60 Damen), Aufzügen. Neue Einlage: **Die Garde-Husaren.** Fernere Einlage: **Die Tscherkessen** ꝛc. Dampfschiff- u. Bootfahrten, Wasserfälle, Riesenfontänen mit allerlei Lichteffekten. Neu! **Die Grottenbeleuchtung** ꝛc., arrangirt und inszenirt vom Direktor **E. Renz.** Außerdem: **Die eisernen Ritter des Mittelalters,** dargestellt von 12 Herren mit hierzu eigens dressirten Schulpferden. **Coriolan,** geritten von der Schulreiterin Fräulein **Oceana Renz. Horaz** und **Mercur** zusammen vorgeführt von Herrn **Ernst Renz** (Enkel). Mlle. **Theresina** auf dem 20 Fuß hohen Drahtseil. **Gebrüder Briatore,** Akrobaten. Auftreten der vorzüglichsten Reitkünstlerinnen und Reitkünstler ꝛc. Komische Entrees u. Intermezzos von sämmtlichen Klowns.

Täglich: **Auf Helgoland.**

Sonntag **2 Vorstellungen.** Nachmittag 4 Uhr (1 Kind frei). Auf vielseitiges Verlangen: **„Die lustigen Heidelberger."** Abends 7½ Uhr: **„Auf Helgoland."**

E. Renz, Direktor.

Circus G. Schumann.

Friedrich-Karl-Ufer, Ecke Karlstr.

Donnerstag, den 28. Januar 1892, Abends 7½ Uhr: **Grosse Brillant-Vorstellung.** Vorzüglich ausgewähltes Programm. Mitwirkung des Fräulein **Anna Grohnwald,** den Rapphengst **Mentor** in der hohen Schule reitend.

Zum 2. Male: **Berliner Leben. Große Wasser- und Feuer-Pantomime** in 2 Abtheilungen mit 9 Bildern und Apotheose. **Die Huldigung des deutschen Heeres und der Marine,** ausgeführt vom gesammten Personal unter Mitwirkung aktiven Militärs. Große neue Ballet-Einlagen und militärische Evolutionen in Uniform der Krongardisten, Potsdamer Gardisten, Ziethen-Husaren, Garde-Infanterie und der kaiserlichen Marine, sowie österreichischer und italienischer Kavallerie. Vollständig neue Ausstattung von Kostümen, Requisiten und Dekorationen.

Morgen: Große Vorstellung. Berliner Leben.

Unserem Freunde **Karl Mannory** genannt Rixdorfer Stoppelbruder zu seinem Wiegenfeste ein donnerndes Hoch! Seine Freunde aus dem S.
1173b **A. R. A. M. H. K. R.**

Todesanzeige.
Heute Nachm. 3 Uhr entschlief sanft nach langen Leiden mein innigst geliebter Gatte, der Hutmachermeister
Franz Sporreuter.
Um stilles Beileid bitten 1163b
Die Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Donnerstag, Nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Georgen-Kirchhofs (am Königsthor) aus statt.
Berlin, den 25. Januar 1892.

Todesanzeige.
Am Montag verstarb nach kurzem Krankenlager unser Kollege, der Rohrlegergehilfe
F. Rochel.
Die Beerdigung findet heute (Donnerstag) Nachmittag vom Krankenhause Bethanien aus nach dem Garnison-Kirchhof in der Hasenhaide statt.
Der Vorstand 389/11
des Verbandes aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.

Danksagung.
Den Mitgliedern der Ethischen Gesellschaft sowie allen Denen, welche am Begräbniß meiner lieben Frau so regen Antheil genommen haben, sage ich meinen tiefgefühlten Dank. B. Schunke.

Für Kolporteure!
Wiederverkäufern 50% Rabatt.
Soeben erschien im Selbstverlage von **Th. v. Wächter,** Berlin N., Lazarus-Krankenhaus, und ist von da gegen Einsendung einer 20-Pfg.-Briefmarke zu beziehen: 1117b
Weihnachtsgedanken
zur
Verwirklichung wahren Christenthums.
Diese Schrift eines Theologen und sozialdemokrat. Parteigenossen dürfte sich besonders zur Verbreitung unter denen empfehlen, die wahres Christenthum und Sozialdemokratie für unvereinbar halten. Sie zeigt einen Weg zur einzig erfolgreichen Bekämpfung alles Nachbetens von Pfaffen und Antipfaffen und aller Intoleranz.

Patent in allen Staaten angemeldet. **Patent** in mehreren Ländern schon ertheilt.

Kathreiner's
Kneipp-Malz-Kaffee
mit Aroma und Geschmack des echten Bohnenkaffee
ist der beste, wohlschmeckendste und gesündeste Kaffee-Zusatz,
ausserdem im Gebrauch der billigste.

Reiner Malz-Caffee ist ein vorzügliches Getränk besonders für Frauen, Kinder, Blutarme, Nervenleidende etc.

Hauptsache richtige Zubereitung:
die Körner mahlen und **mindestens 5 Minuten kochen.**

Wird **niemals** lose verkauft, sondern nur in **Original-Packeten** mit nebenstehender Schutzmarke.

Verkaufs-Preis: 45 Pf. 1 Pfd.-Packet, 25 Pf. ½ Pfd.-Packet, 10 Pf. Probe-Packet à ca. 100 Gr.

Zu beziehen durch die Colonialwaaren- und Droguen-Handlungen.

Kathreiner's Malz-Kaffee-Fabriken
Berlin — München — Wien.

Sozialdemokratischer Wahlverein f. den V. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Donnerstag, den 28. d. Mts., Abends 8 Uhr, im Lokale Gypsstr. 8:

Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen **Türk:** „Die Hervorbringung und Vertheilung in der sozialistischen Gesellschaft". 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Fragekasten.

Um zahlreichen Besuch bittet **Der Vorstand.**

NB. Die Zahlstellen des Vereins sind Wagner, Neue Königstr. 89; Wittchow, Elsasser- u. Kl. Hamburgerstr.-Ecke; Fritz Berndt, Neue Schönhauserstr. 18. Hier werden zu jeder Zeit Beiträge und neue Mitglieder aufgenommen. 385/10

Verband der Geschäftsdiener, Packer und Berufsgenossen.

Bureau und Arbeitsnachweis: C., Neue Grünstr. 10, I. Fernspr.: Amt 1, 810.

I. General-Versammlung

am Freitag, den 29. Januar 1892, Abends 9 Uhr, in der **Berliner Ressource,** Kommandantenstr. 57 (großer Saal).

Tages-Ordnung:

1. Mittheilungen. 2. Situationsbericht. 3. Aufnahme neuer Mitglieder und Ausgabe der Billets zum **Maskenball am 6. Februar in Sanssouci.** 4. Wahl des Vorstandes, der Revisoren und des Arbeitsvermittlers. 5. Regelung der Unterstützungsfrage und Geschäftliches.

Verbands-Mitgliedsbuch ist vorzuzeigen.

442/4 **Der provisorische Vorstand.**

Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter
Berlins und Umgegend.

Ordentliche General-Versammlung

am Sonntag, den 31. Januar 1892, Vorm. präcise 10½ Uhr, in Orschel's Salon, Sebastianstr. 39.

Tages-Ordnung: 1. Kassenbericht des Rendanten und Bericht der Revisoren. 2. Abrechnung vom Wintervergnügen. 3. Wahl eines 2. Vorsitzenden. 4. Bericht der Herbergs-Kommission. 5. Beschlußfassung über event. im Sommer abzuhaltende Vergnügungen. 6. Beschlußfassung über die an den Vorstand gelangten Anträge.

Zahlreicher Besuch erwünscht. — Mitgliedskarte legitimirt.

389/10 **Der Vorstand.**

Oeffentliche Versammlung
der Weißgerber u. Berufsgenossen

am Donnerstag, den 28. Januar, Abends 8 Uhr, in Kuebel's Salon, Badstr. 58.

Tages-Ordnung: 1. Die Lage des Streiks. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

346/13 **Der Einberufer.**

Achtung, Kupferschmiede!
Oeffentliche Versammlung der Kupferschmiede Berlins u. Umg.

am Sonnabend, den 30. Januar, Abends 9 Uhr, bei Feindt, Weinstraße 11.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn **Kunkel** über: Wissen ist Macht. 2. Bericht der Streikkassen-Kommission, eventuell Neuwahl. 3. Wahl von Revisoren. 4. Verschiedenes. 1171b

Um recht zahlreichen Besuch bittet **Der Einberufer.**

Große öffentliche
Buchdrucker-Versammlung

Freitag, den 29. Januar 1892, Abends 8 Uhr, im gr. Saale des Böhmischen Brauhauses, Landsberger Allee 11—13.

Tages-Ordnung:

1. **Gewerkschaften und Streiks.** Referent: Reichstags-Abgeordneter **Wilhelm Liebknecht.**
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Alle Kollegen und Arbeiter sind hierzu eingeladen.

252/9 **Der Einberufer: E. Teufert.**

Verein der Arbeiterinnen an Buch- u. Steindruck-Schnellpressen.
Freitag, 29. Januar, Abends 8 Uhr:
General-Versammlung
in Gratweil's Bierhallen, oberer Saal.
Tagesordnung; 1. Vortrag der Frau **Rohrlack.** 2. Neuwahl. 3. Verschiedenes.
Nach der Versammlung **Tanz.** Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht [125/8] **Der Vorstand.**

Aufruf! Alle diejenigen Töpfer und Arbeiter, welche bei dem Töpfermeister Scheffel, Lindowerstraße in dem Jahre 1891 gearbeitet und für ihre Arbeit keinen Lohn erhalten haben, wollen sich bis Sonntag, den 31. Januar, Lindowerstraße 25, 4 Tr., schriftlich oder persönlich melden bei R. Herdt.

Kinderwagen. Größtes Lager Berlins. Andreasstr. 23 H. p.

HOHENZOLLERN-GALERIE
an der Moltke-Brücke neben dem **Lehrter Bahnhof.**
Größtes Historisches Rundgemälde.
Brandenburg-Preussen von der Zeit des Grossen Kurfürsten bis zur Gegenwart. 1932L
Besichtigung 9 Uhr Vorm. bis 11 Uhr Abends. Die Direktion.
Eintritt 1 Mk. Montags 2 M.

„Die Gleichheit"
Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen.

Herausgegeben von
Emma Ihrer in Velten (Mark)
unter der Redaktion der Frau **Klara Zetkin (Eissner), Stuttgart.**
Erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf.
Alle Kolporteure, Zeitungsspediteure, sowie der
Verlag des „Vorwärts" Berliner Volksblatt,
Berlin SW., Beuthstr. 2,
nehmen Bestellungen entgegen.
Wiederverkäufer, sowie Vereine erhalten bei Abnahme einer größeren Anzahl von Exemplaren Rabatt.
Die Arbeiterinnen Berlins sind hiermit besonders darauf aufmerksam gemacht.
Probenummer gratis.
Nr. 1 und 2 sind bereits erschienen.

Steppdecken!!
größte Auswahl!! am billigsten in **Emil Lefèvre's Fabrik,** Berlin, Oranienstr. 158. [1820L
1 Posten reinw. **Schlafdecken** mit kleinen Flecken Stück 4, 6, 8 und 10 Mark.
Werth das Doppelte!!
Illustr. Preisliste gratis u. franko.

Waldvögel von 25 Pf. an, Finken 50 Pf., Hänflinge 75 Pf. aller Art in riesiger Auswahl und sehr billig in der Tauben- und Thierhandlung Stralauerplatz 21. Alle Sorten Vogelfutter, stets frische Waare. Gekauft wird Alles stets.

Adlershof. 1925L
Bestellungen auf „Vorwärts", „Volksblatt für Teltow" u. s. w., „Volks-Tribüne" — sowie Annoncen in genannten Blättern — nimmt entgegen **Heinrich Bökert,** Bismarckstraße 51.

Gangbares **Kohlengeschäft** Umstände halber sofort zu verkaufen. Zu erfragen Bandelstr. 20, im Kohlengeschäft.

Pfandleihe Kagen, Dresdenerst. 103 I. Uhr., Gold, Silb., Zinssch. ꝛc.

Vereinsabzeichen, Stempel u. Gravirung, empf. d. Genossen **G. Kleist,** Waldemarstr. 48.

Rixdorf, Kopfstr. 38a, freundl. Wohn. v. 1—3 Stuben u. Zub., Wasserl. Clos., billig zu verm. 459/M

Rixdorf, Berlinerstraße 70, sind freundliche Wohnungen von Stube und Küche, separater Eing., von 150 bis 210 M. sofort zu verm. [1044b

Freundliche Wohnungen mit Gartenland für 20, 30 und 40 Thlr. jährlich zum 1. April zu vermiethen im Vorort Bernau (Vorstadt). Näheres: Berlin, Weinstr. 1 bei Hintze. 1165b

Schlafst., möbl., sep., z. v. Dresdenerstraße 128/9, Qgb. 3 Tr., Erntheil.

Mbl. Schlfst., Frl. Henschke, Naunynstraße 64, v. 4 Tr. 1164M

Ein Sohn ehrlicher Eltern sucht als Sattler u. Tapezirer einen Lehrmeister sofort. **G. Wodara,** Reinickendorferstr. 28, Qg. 1 Tr.

Wickelmacherin v. Meißner, Linienstr. 35.

Maurergesellen, welche gewillt sind einem Baugeschäft beizutreten (etwas Vermögen), können sich melden Münchebergerstraße 17, 3 Tr., bei Gure.

Tüchtige Farbigmacherinnen auf glatte Leisten, welche auch Broncekanten machen können, verlangt A. Grabow und Co., Köpenickerstr. 68. 1164b

Verantwortlicher Redakteur: August Enders in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2.

Hierzu eine Beilage.

Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 23. Donnerstag, den 28. Januar 1892. 9. Jahrg.

Lokales.

Die Nothlage der Arbeitslosen wird von den Arbeitgebern auch noch nach Kräften ausgenutzt. Wenn irgend einer der vor dem Intelligenz-Komptoir umherstehenden Beschäftigungslosen zu einer Arbeitsleistung angenommen wird, so ist der Arbeitgeber immer erfreut, endlich eine „billige“ Arbeitskraft erwischt zu haben. Was wollen denn die hungernden „Kerls“ machen? Sie müssen sich ja glücklich fühlen, wenn sie während eines Tages ein paar Groschen verdienen. Kommen sie an dieses Glück nicht heran, dann müssen sie hungern, sie haben kein Obdach, kurz und gut, für sie bleibt als letzter Weg nur ein Sprung in die Spree. Ehe sie aber den wagen, werden sie nach einer Arbeit greifen und sei sie auch noch so schlecht bezahlt. Diese Spekulation bewährt sich denn auch in sehr vielen Fällen. Die Menschen hängen so sehr am Leben . . . Das ist ihr höchstes Gut und sie werfen es nicht von sich, wenn sie noch einen Ausweg, eine Rettung zu finden wissen. Diese Spekulationen auf billige Arbeitskräfte geben sich sehr oft in der kleinlichsten Art. Der Arbeitgeber handelt und drückt auf den Groschen, als ob an demselben sein ganzer Grundbesitz hinge. Ein kleines Beispiel für die unglückliche Pfennigfuchserei der Besitzenden sei hier angeführt: Zwei Arbeitslose wurden in der Nähe der R.-Straße von einer Frau angesprochen, welche dieselben fragte, ob sie Arbeit haben möchten. Natürlich wurde diese Frage freudigst bejaht. Die Frau wünschte den Bürgersteig ihres Hauses von Schnee gereinigt zu haben, es war eine große Fläche, der Schnee lag fest wie Eisen. Zwei Stunden wurde gearbeitet, daß es eine Art hatte und als es endlich ans Bezahlen kam, sollten zwei Mann zusammen 60 Pf. erhalten, macht also pro Mann und pro Stunde 15 Pf. Das war denn doch etwas zu wenig und deshalb wurde dringend um Mehrzahlung nachgesucht. Und nicht ohne Erfolg, die Arbeiter erhielten eine baare Mark bewilligt. Freilich that die Hausbesitzerin sehr wehleidig, sie meinte, wenn schon die Arbeiter so viel verlangten, wüßte sie gar nicht, was sie eigentlich ihren Miethern abfordern sollte. Die armen Miether! Wahrscheinlich wohnen sie halb umsonst und wenn das wirklich der Fall sein sollte, dann können sie sich auf eine gewaltige Steigerung gefaßt machen, denn — die Hausbesitzerin hat zwei Arbeitern für Schneeschippen eine Mark bezahlen müssen!

Der Moniteur von Spandau, der freisinnige „Anzeiger für das Havelland“, hat, wie wir schon in einer unserer letzten Nummern mittheilten, seinen schweren Kummer darüber, daß das friedliche Städtchen Spandau jetzt so oft von „Vagabunden und Strolchen“ heimgesucht wird. Die armen Obdachlosen haben es mit dem „freisinnigen“ Blättchen so gründlich verdorben, daß dasselbe die Hausbesitzer und Eigenthümer zu einem großen Kampf gegen das „Stromerthum“ auffordert. Jetzt hat das Blatt wieder die Entdeckung gemacht, daß diese Obdachlosen „schon häufig die Urheber von Feuersbrünsten gewesen sind“ und schreibt von diesem Grundsatze ausgehend:

> Besitzer von Bauhöfen und ähnlichen Anlagen, welche leicht brennbare Materialien enthalten, müssen jetzt gegen den Besuch obdachloser Personen auf der Hut sein. Die heimlich nächtigenden Individuen sind schon häufig, meist aus Fahrlässigkeit, die Urheber von Feuersbrünsten gewesen. Die betreffenden Eigenthümer lassen denn auch Abends und Nachts ihre Baulichkeiten des Oefteren revidiren. Gestern wurde bei einem solchen Rundgang unter einem Schuppen der Holzbearbeitungs-Fabrik des Herrn Perrin ein verdächtig aussehender Mensch angetroffen, welcher sich zur Nachtruhe niedergelassen hatte. Derselbe führte keine andere Legitimation bei sich als Entlassungsscheine aus Strafanstalten und Arbeitshäusern. Er wurde der Polizei zugeführt und von dieser dem Amtsgericht übergeben.

Damit war Spandau vom Untergang gerettet, denn nach dem „Anz. für das Havelland“ konnte der verruchte Obdachlose, dieser „verdächtig aussehende Mensch“ nichts weiter im Sinne führen, als den Schuppen in Brand zu stecken und so, wenn irgend möglich, ganz Spandau durch eine Feuersbrunst vom Erdboden zu vertilgen. Daß der arme Teufel nur bezweckte, für die eine Nacht ein Unterschlupf zu finden, deshalb in den Schuppen gekrochen und sich „zur Nachtruhe niedergelassen“ — das ist dem freisinnigen Blatt gar nicht denkbar. Ohne den allergeringsten Beweis für die Wahrheit seiner Behauptung zu haben, stempelt es den Obdachlosen flugswegs zum Mordbrenner und Brandstifter, was ihm um so wahrscheinlicher erscheint, als der „Mensch“ nicht das geringste Sparkassenbuch als Legitimation bei sich führte, sondern nur Entlassungsscheine aus Strafanstalten und Arbeitshäusern. Das war Beweis genug, daß es sich wieder um ein arges Verbrechen handeln mußte und so wurde der arme Kerl zur Polizei transportirt und diese übergab ihm dem Amtsgericht. Das wird seines Amtes in einigen Tagen walten und auf Grund irgend eines Paragraphen des Strafgesetzbuches den Obdachlosen zu einer längeren oder kürzeren Haftstrafe verurtheilen. Derselbe ist dann um einen Entlassungsschein aus einem Gefängniß reicher. Wenn es nach dem berühmten Spandauer Lokalblatt ginge, müßte dem Missethäter wegen versuchter Brandstiftung der Prozeß gemacht werden und sein Loos wäre mindestens der Galgen . . . .

Nachdem so der „Anzeiger“ den Spandauer Spießbürgern vor den Attentaten der Obdachlosen graulich gemacht hat, entdeckt er plötzlich sein gutes und mitleidsvolles Herz. Direkt unter der Eingangs erwähnten Notiz finden wir nämlich die folgende:

> Einen mitleidswerthen Eindruck machte ein armer Schneidergeselle, der sich in der vergangenen Nacht im Rathhause obdachlos meldete und auch Unterkommen erhielt. Der Mann war 63 Jahre alt und befand sich, da er arbeitslos ist, auf der Wanderung. Er war von Berlin fortgegangen und wollte nach Nauen. In Spandau überfiel ihn jedoch große Ermattung, so daß er seinen Weg nicht fortzusetzen vermochte. Heute früh nahm der nur dürftig gekleidete Mann seine Wanderung wieder auf, bei seinem vorgeschrittenen Alter sicherlich kein beneidenswerthes Loos.

Ja, das ist wahrlich kein beneidenswerthes Loos! Ein alter Mann von 63 Jahren muß im Winter wandern von Ort zu Ort und froh sein, wenn er auf der einen oder anderen Polizeiwache die Erlaubniß erhält, so lange zu rasten, bis ihm seine Kräfte gestatten, den Wanderstab wieder weiter zu setzen. 63 Jahr ist für den Bourgeois das Alter, in welchem er sich von seinen Geschäften zurückzieht, um frei von Kummer und Sorgen einen behaglichen Lebensabend zu genießen. Er kann sich das leisten, denn er hat in der Zeit genug „verdient“, um für den Rest seines Lebens rasten zu können. Wie anders der Proletarier! Eine trostlose Jugend liegt hinter ihm, im besten Mannesalter hat er gerade so viel verdient, daß er nicht zu hungern brauchte, im Alter wird er hinausgestoßen auf die Landstraße, er kann zusehen, ob sich jemand seiner erbarmt, geschieht das nicht, dann steht es ihm frei, hinter einer Hecke oder Strauch sein nutzloses Dasein auszuhauchen, — er hat sich's aber so einzurichten, daß der Gemeinde durch den Transport und die Bestattung der „Armenleiche“ nicht zu große Kosten erwachsen. Proletariers Ende!

Nur keine Ueberstürzung! „Es giebt noch keinen Nothstand“, dekretirte der Magistrat, „und wenn ein solcher wirklich einmal eintreten sollte, dann werden Maßregeln getroffen werden, um ihm wirksam und rechtzeitig zu steuern.“ Um zu zeigen, daß er nicht blos den Mund vollzunehmen versteht, hat Magistratus denn in der That auch schon einige „Maßregeln“ getroffen, wie Erhöhung des Armengeldes, Ueberweisung von Geld an Wohlthätigkeitsvereine u. s. w. Ob diese Mittel so wirksam sein werden, wie es die von den sozialdemokratischen Stadtverordneten vorgeschlagenen, aber von der „freisinnigen“ Majorität verworfenen gewesen wären, wird sich im Laufe des Winters zeigen. Daß mit diesen Mitteln einem Nothstand nicht rechtzeitig gesteuert werden kann, ist schon jetzt und von vornherein für Jeden klar, der den bei der Verwaltung des städtischen Armenwesens und bei den Wohlthätigkeitsvereinen üblichen Büreaukratismus und die vorsichtig-umständliche Behandlung der Unterstützungs-Gesuche kennt. Wir haben diese Art der Behandlung schon des öfteren beleuchtet. Neuerdings ist aber von kompetentester Seite eine noch viel schärfere Be- und Verurtheilung des in der städtischen Armenpflege beliebten Verfahrens erfolgt, nämlich von Seiten der Armenkommissions-Vorsteher, welche in dieser Beziehung geradezu als klassische Zeugen gelten können und als Inhaber eines städtischen Ehrenamtes überdies schwerlich in den Verdacht kommen werden, daß sie, dem Beispiel der bösen Sozialdemokraten folgend, „die vortrefflichen Einrichtungen unserer Stadt“ nur aus Gehässigkeit und zu Agitationszwecken angreifen. In einer Versammlung der Armenkommissions-Vorsteher, deren Protokoll das vom Magistrat herausgegebene „Gemeindeblatt“ mittheilt, sind verschiedene Punkte namhaft gemacht worden, welche darauf hindeuten, daß die Langsamkeit, mit welcher die Unterstützungsgesuche erledigt werden, „schon nicht mehr schön“ ist, und zwar nicht blos bei der deshalb angegriffenen Armendirektion, sondern, was das Interessanteste dabei ist, auch bei den angreifenden Kommissions-Vorstehern. Die letzteren haben ihre liebe Noth mit den Akten, welche sie nicht mit gewünschter Schnelligkeit von der Armendirektion zugesandt erhalten. „Die Klagen, daß Akten so schwer zu erlangen seien“, sagt der Bericht, „werden immer allgemeiner und dringender, weshalb die Armendirektion ersucht wird, Abhilfe zu schaffen.“ Es müßte eigentlich heißen: „endlich Abhilfe zu schaffen“; denn denselben Klagen begegnen wir bereits in der Vorsteher-Versammlung vom Mai vorigen Jahres, wo es in genau demselben dringenden Tone hieß, „hier müsse entschieden Wandel geschaffen werden, um diesen von sämmtlichen Vorstehern empfundenen Uebelstand zu beseitigen.“ Andererseits ersuchte Herr Magistrats-Assessor Kuno die Armenkommissionen, die Armuthsatteste doch recht schleunig auszustellen, damit die Bittsteller vor Schaden bewahrt würden. Auch bei Miethsunterstützungen, wenn Exmission bevorstehe, könnten größere Beträge bewilligt oder deren Bewilligung bei der Armendirektion mittelst besonderen Berichts beantragt werden, um die betreffenden Personen dem städtischen Obdach fernzuhalten. An einem Spezialfall wurde nachgewiesen, wie durch rechtzeitige Gewährung einer Unterstützung von etwa 30 M. andere Kosten von beinahe 300 M. hätten vermieden werden können. Auch diese Klagen sind bereits in der Mai-Versammlung vorgebracht worden, aber augenscheinlich ebenfalls ohne Erfolg. Angesichts solcher Zustände muß man sich fragen, wie sich denn da der Magistrat die Bekämpfung des Nothstandes „im Rahmen der Wohlthätigkeits- und Armenpflege“ eigentlich denkt. Wenn es, laut amtlichem Bericht im „Gemeindeblatt“, „häufig noch vorkommt, daß Gesuche oft nach 2—3 Monaten von einzelnen Armenkommissionen trotz wiederholter Erinnerungen nicht zu erhalten sind“, dann hört eben einfach Alles auf. Man wird dabei an das Volkslied „Ach Mutter, Mutter, mich hungert!“ erinnert, welches mit den Worten schließt: „Und als das Brot gebacken war, da lag das Kind auf der Todtenbahr'!“

Ueber Straßenhygiene in Paris und London hielt am Montag Abend in der deutschen Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege Privatdozent Dr. Th. Weyl, der im Auftrage des Berliner Magistrats eine Studienreise nach jenen beiden Städten gemacht hat, einen interessanten Vortrag, in welchem er unter vergleichender Berücksichtigung der Berliner Verhältnisse besonders die Fragen des Pflasters, der Bedürfnißanstalten, der Schneeabfuhr und des Verkehrs beleuchtete. Dem Fremden fällt in Paris und London das in großem Maßstabe angewandte Holzpflaster auf. In Paris übernahm 1889 die Stadt selbst die Holzpflasterung, die früher in der Hand von Aktien-Gesellschaften lag. Zu den in Paris bereits mit Holz gepflasterten Straßen (448 000 Quadratmeter) sollen bis zum Jahre 1893 noch 270 000 Quadratmeter hinzukommen, die auf 800 000 Frcs. veranschlagt sind. In Berlin waren Ende März 1891 im ganzen 70 678 Quadratmeter Holzpflaster vorhanden. Die Besprengung der Straßen geschah in beiden Städten bis vor Kurzem, wie noch jetzt bei uns, mittelst der Sprengwagen, die man dort aber wegen der großen Kosten mehr und mehr aufgiebt. Die neue Methode heißt „à la lance.“ Auf den Straßen befinden sich in kürzeren Zwischenräumen Hydranten, an die man große, mit einem Ausgußrohr versehene Schläuche spannt. Von einem solchen Hydranten können größere Straßenstrecken auskömmlich besprengt werden. Der damit Betraute geht dann zum nächsten Hydranten, schraubt hier seinen Schlauch an und besprengt in gleicher Weise die nächste Strecke. So besorgt ein Mann in derselben Zeit und mit gleicher Wirkung eine Strecke, zu der bei uns zwei Leute, ein Pferd und der schwerfällige Sprengwagen nöthig sind. In der neuesten Zeit benutzt man anstatt der biegsamen Schläuche Metallröhren, die durch Lederstheile verbunden sind und auf beräderten Böcken leicht von einem Ort zum andern transportirt werden können. Was die Bedürfnißanstalten betrifft, so ist die Pariser Art zu tadeln, weil sie vor Allem der Reklame dienen und nicht nachahmenswerth erscheinen; denn meist sind es wenig dezente Dinge, die dort Tag und Nacht durch Transparent sichtbar gemacht werden. Die besten Verhältnisse in diesem Punkte bestehen in London. Dort sieht man keine Bedürfnißanstalten auf der Straße; das wäre dem wenigstens äußerlich zur Schau getragenen Anstandsgefühl der Engländer zuwider. Man hat sie unter dem Erdboden errichtet, als einmal früher von Unternehmern oberirdische Anstalten erbaut wurden, klagten die Hausbesitzer wegen Entwerthung ihrer Grundstücke und kamen damit durch. So entstanden die „Underground Convenients“. Für Benutzung der Anstalt einschließlich Waschtollette zahlt man 25 Pfg. Aber die Anlagen sind nicht billig: die wohlfeilste kostet 11 900 M., die theuerste (am Piccadilly-Zirkus) 72 400 M., dieselbe wurde 1891 von 879 742 Personen besucht und brachte einen Ueberschuß von 11 320 M. Die in den ärmsten Gegenden eingerichteten Anlagen, so im berüchtigten Whitechapel, sind ganz umsonst. Sämmtliche Anstalten sind mit elektrischem Licht versehen und haben auch sonst viele Bequemlichkeiten. Bezüglich der Müllabfuhr herrschen in Paris die unglaublichsten Zustände. Dagegen muß rühmend hervorgehoben werden, daß es nicht, wie bei uns, gestattet ist, den Müll zu beliebiger Zeit abzuholen. Auch gegen einen zweiten Punkt wandte sich der Vortragende, gegen die Art, wie bei uns die Straßen gefegt werden. In Paris und London kommt es nie vor, daß eine Straße gefegt wird, wenn sie nicht zuvor hinreichend gesprengt worden ist. Nun leitete der Vortrag zur Schnee-Abfuhr über, die in Berlin ungeheure Summen verschlingt. Die letzte Rechnung betrug 380 000 M. Die Pariser und Londoner haben es billiger. Die an der Seine und Themse gelegenen Theile werden dadurch gesäubert, daß man Schnee und Schneewasser direkt in die Flüsse befördert; in den anderen Stadttheilen benutzt man die senkrechten, zur Kanalisation führenden Schachte, in die zwei Mann hinabsteigen, um mit Kratzen die hineingeworfenen Massen in der Richtung des Kanalstroms abzuleiten. Verstopfungen der Röhren sind nirgends vorgekommen, zumal darin eine ziemlich gleichmäßige Temperatur von 8 bis 10 Gr. herrscht und die Reinigung in einer Zeit vorgenommen wird, wo von den Häusern möglichst viel warmes Wasser in die Leitungsröhren fließt. Bei uns ist allerdings bis jetzt ein Abladen der Schneemassen, die immer mit Erde vermischt sind, in die Spree nicht möglich; denn diese gehört dem Fiskus, der das der Stadtverwaltung nicht erlauben würde, da das Flußbett öfter gebaggert werden müßte. Schließlich gab der Vortragende noch über den Verkehr in London folgende interessanten Daten: Die Riesenstadt besitzt mit ihren Vorstädten 5 600 000 Einwohner; diese Zahl wächst täglich um 300, die Häuser vermehren sich täglich um 24. Man hat ausgerechnet, daß jeder dritte Londoner einmal am Tage nach der City, dem Herzen Londons, sich begeben muß. So verweilen dann in dem engen Stadttheil, wo nur 38 000 Menschen wohnen, zur Geschäftszeit nicht weniger als 750 000, und 350 000 halten sich dort den ganzen Tag auf. Dieser außerordentliche Verkehr wird durch die innegehaltene Ordnung vollkommen beherrscht. Hierzu trägt vor allen Dingen die streng durchgeführte Regel bei: „Links gehen und fahren!“ (In ganz England weicht man links aus, auf dem Kontinent bekanntlich rechts.) Die Straßen sind durch in der Mitte aufgereihte Laternen, Droschken, kleine Erfrischungsstellen für die Kutscher, durch Feuerwehr und ihre Requisiten streng in eine rechte und eine linke Hälfte getheilt, so daß ein unregelmäßiges Kreuzen der Straße durch ein Fuhrwerk gar nicht geschehen kann.

Der Polizei spendet einer unserer Abonnenten eitel Lob, indem er uns schreibt: Als ich am Sonnabend Abend zwischen 5 und 6 Uhr vor der städtischen Gasanstalt vorüberging und die Prenzlauer Chaussee passiren wollte, wurde ich durch ein Kohlenfuhrwerk aufgehalten, welches nur sehr mühsam vorwärts konnte. Als ich einige Augenblicke stehen blieb, hörte ich ein Wimmern und sah etwa 30 Schritt von mir entfernt auf der Chaussee einen Menschen sich umherwälzen. Ich eilte hinzu und frug einen Jungen, der sich mit dem Stöhnenden zu schaffen machte, was denn los sei. Ich erhielt die Antwort, der Mann hätte das Kohlenfuhrwerk schieben helfen, sei dabei ausgeglitten, hingefallen und überfahren worden. Der Verwundete war im Begriff gewesen, nach dem Asyl zu gehen, um dort zu nächtigen und hatte sich bei dem Fuhrwerke behilflich gemacht, weil er gesehen hatte, daß die Pferde durch den hohen Schnee nicht mehr so recht vorwärts konnten. Ich habe nun ganz deutlich gesehen, daß noch drei Mann bei dem Fuhrwerk waren, der Kutscher, ein Kohlenträger und noch ein Mann. Diese fuhren ruhig ihres Weges weiter und ließen den Hilflosen stöhnend im Schnee liegen. Das war die Dankbarkeit dafür, daß dieser geholfen hatte, den Wagen vorwärts zu bringen. Wie ich mich bald überzeugte, waren dem armen Menschen die Räder des schweren Kohlenwagens über einen Fuß gegangen, welcher zerbrochen und zerrädert war. Vor allen Dingen hoben wir den Verunglückten auf, brachten ihn von der Chaussee weg und lehnten ihn mit dem Rücken gegen einen Baum. Ich versprach, auf alle Fälle Hilfe herbeizuschaffen und lief nach dem nächsten Polizeibureau, Ecke Wörther-Platz und Weißenburgerstraße. Der Lieutenant war gerade auf der Wache, und ihm meldete ich den Vorfall. Ohne Verzug beorderte derselbe einen Wachtmeister und einen Schutzmann, mit mir zu gehen und für den Verunglückten zu sorgen, sowie den Sachverhalt festzustellen. Der Wachtmeister wollte erst noch einige Worte schreiben, aber der Lieutenant duldete das nicht, das habe bis morgen Zeit, der arme Verunglückte gehe vor, also: Vorwärts, sofort zu ihm! In einer Minute waren die Leute angezogen, und im Laufschritt ging's nach der von mir bezeichneten Stelle. Ich bin gewiß kein großer Freund von der Polizei aus Gründen, die ich hier nicht näher erörtern will. Aber das Vorgehen des Lieutenants hat mir so gefallen, daß ich mich verpflichtet halte, Ihnen den Vorfall mitzutheilen. Ich weiß, daß Sie nicht nur zu tadeln verstehen, sondern auch mit Ihrer Anerkennung nicht zurückhalten, wo dieselbe am Platze ist. Die Polizeimannschaften hatten denn auch in kürzester Zeit dafür Sorge getragen, daß der Verunglückte nach dem Siechenhaus transportirt wurde, wo die Aerzte sofort ihr Möglichstes thaten, um einen regelrechten Verband anzulegen und die Schmerzen zu lindern. Für das Leben des Verunglückten sollen Gefahren nicht bestehen, vielleicht heilt auch der Beinbruch so aus, daß derselbe vor dem traurigen Schicksal bewahrt bleibt, für den Rest seines Lebens als Krüppel einherhinken zu müssen. Ich verzichte auf jeden Dank, denn ich habe nur gethan, was die Menschlichkeit erforderte, derselbe gebührt also in erster Linie dem Polizeilieutenant, welcher die Hilfeleistung so energisch in die Hand nahm.

Ueber Berlin als kosmopolitische Stadt giebt die neueste Nummer der „Statistischen Korrespondenz“ an der Hand des Volkszählungs-Ergebnisses vom 1. Dezember 1890 Auskunft. Danach leben in Berlin jetzt Reichs-Ausländer im Ganzen 17 704 Personen, davon 10 558 männlich und 7146 weiblich. Bis auf etwa 1500 sind sie sämmtlich Europäer. An ihrer Spitze marschirt Oesterreich in runder Zahl 7300 Seelen, darunter 4500 Männer, eine sehr stattliche Kolonie, die auch in zahlreichen Verbindungen und Wohlthätigkeitsanstalten sich ineinanderschließt und verstärkt wird durch 900 Ungarn. Folgen wir der politischen Konstellation und erwähnen zunächst Italien mit 560 Seelen (440 Männer) und die handelsbefreundete Schweiz mit 740 Seelen. Als eine andere Gruppe lassen sich Russen und Franzosen zusammenfassen. Die ersteren sind immer noch sehr stattlich vertreten, 1358 Männer und 1058 Frauen, während Frankreich uns am 1. Dezember 1890 nur 400 Stadtgenossen stellte. Holland mit 300 Seelen hat Belgien überflügelt. Letzteres hat in Berlin nur 160 Staatsangehörige. Dagegen ist die Zahl der Skandinavier im Zunehmen begriffen. Wir haben in unserer Mitte ständig 650 Dänen, 220 Norweger und nahezu 600 Schweden. Halbasien ist merkwürdiger Weise nicht so stark vertreten, als man allgemein glaubte: 5 Bulgaren, 120 Bürger der europäischen Türkei, 240 Rumänen und 12 Serben, das ist Alles. Spanien und Portugal sind mit zusammen 75 Seelen vertreten und nur drei Staaten mit gar keiner Seele: Liechtenstein, von dem es nicht wundern darf, denn es kann wahrscheinlich Niemanden entbehren, Bosnien, das uns nur hin und wieder etwas von seiner Schweinezucht zuwendet, ohne uns mit seinen Bürgern in nähere Berührung zu bringen, und Monaco: Desto fleißiger gehen manche Berliner dorthin. Bleibt von Europa noch Großbritannien zu erwähnen, als Uebergang zu den Amerikanern. Wir haben also nach der letzten Zählung 520 Engländer und 653 Engländerinnen in Berlin — das weibliche Uebergewicht erklärt sich durch die Vorliebe für englische Gouvernanten. Die Amerikaner sind zahl-

reicher als die Engländer. Die statistische Aufnahme weist 692 Herren und 770 Damen auf. Dann kommen aus südamerikanischen Staaten zusammen noch 160 Seelen, aus Afrika nur 20, aus Asien und China 28 Männer und 6 Frauen und aus Brasilien 55 Männer und 1 Frau. Australien endlich ist im Ganzen nur durch eine Dame vertreten. Soweit die Listen. Indessen können sie als erschöpfend nicht angesehen werden. Sie stellen nur fest, daß 17 704 Ausländer am 1. Dezember 1890 gezählt worden sind, schweigen aber erstens von den Ausländern, die zwar in Groß-Berlin, aber außerhalb der Weichbildgrenze wohnen und dann von denen, welche bei der Volkszählung nicht aufgenommen worden, weil weder sie noch ihre Wirthsleute mit den fragereichen Formularen bezüglich der Ausländer sich befassen mochten. Ein Vergleich mit den Zahlen von 1885 zeigt, daß die Zahl der in Berlin (und in Preußen) wohnenden Russen sich in den letzten Jahren um 10 000 vermindert, die der Oesterreicher um 5000 vergrößert hat.

Aus einer Statistik aus dem Berliner Verkehrsleben ist ersichtlich, daß in den sieben Jahren 1881—1888 der rasche Hinzutritt von 966 Pferdebahnwagen und 5192 Pferden zur Bespannung derselben auf das den Straßenverkehr sonst noch dienende Fuhrwerk nicht sehr vermindernd gewirkt hat. Während im Jahre 1881 die Zahl der Pferde in Berlin 28 877 betrug, wurden im Jahre 1888 nicht weniger als 38 081 gezählt — ungerechnet in beiden Zahlen die dem Staate gehörenden Pferde. Die Omnibus-Wagen sind von 184 auf 217, die der Droschken von 4631 auf 4695, die der Thorwagen von 290 auf 378, und die zur Bespannung dieser Kategorien dienenden Pferde von 8795 auf 9531 gestiegen. Bei den Droschken und Thorwagen ist hiernach die Zunahme gering und es ist wahrscheinlich, daß hierin auch weiterhin keine Aenderung eintreten wird. Im Omnibusverkehr hat sich dagegen in den 7 Jahren eine Steigerung von 68 Wagen = 62 pCt. und in der beförderten Personenzahl eine Vermehrung von 9 690 774 auf 23 487 855 oder insgesammt um 13 791 081 Personen oder 142 pCt. gezeigt. Ein nur unbedeutender Bruchtheil des Berliner Personenverkehrs wird durch die Dampfschifffahrt vermittelt, 243 734 im Jahre 1881 und 894 173 im Jahre 1888. Mit der im Gange befindlichen Durchbrechung der Spree am Mühlendamm wird aber die Grundlage zu einer fast unabsehbaren Entwickelung gerade dieser Verkehrsart geschaffen. Die Personenbeförderung auf der Berliner Stadt- und Ringbahn stieg von 9 347 650 im Jahre 1881 auf 29 294 767 im Jahre 1888. Man darf hiervon vielleicht 30 pCt. in Abzug bringen, welche nicht Ortsverkehr im engeren Sinne sind; alsdann zeigt es sich, welch verhältnißmäßig geringer Bruchtheil von den Lokomotiv-Eisenbahnen der Stadt bewältigt wird. Der Omnibusverkehr kommt diesem Verkehr gleich, der Pferdebahn-Verkehr betrug mehr als das Sechsfache.

Die erinnerungsreichen Stätten alten Berliner Lebens schwinden mehr und mehr. Zum ersten April wird wieder ein Gebäude niedergelegt, dessen Entstehung in das graue Mittelalter zurückgreift — die Reste des ehemaligen Hofes der Kalandsbrüder an der Ecke der Kalandsgasse und der Klosterstraße. Schon infolge der Verbreiterung der Neuen Friedrichstraße hatte das Grundstück vor einigen Jahren eine erhebliche Einbuße erlitten, und jetzt wird einem Neubau auch der letzte Ueberrest, jenes Haus an der Klosterstraße, welches sich tief nach hinten erstreckt, weichen. Wenige Häuser dürften in Berlin noch zu finden sein, wo sich das Alte in der ganzen Anlage und in gewissen Theilen in solcher Weise erhalten hat, wie dort. Seit dem Anfange des 14. Jahrhunderts diente der Hof den Kalandsbrüdern zum Aufenthalte. Als sich in der Brüderschaft, die eigentlich Wohlthätigkeitszwecke verfolgte, aber arge Mißbräuche einstellten, hob Papst Eugen IV. auf Veranlassung Kurfürst Friedrichs II. sämmtliche Kalande in der Mark auf. Im Jahre 1686 ward der Verkauf des Kalandshofes mit landesherrlicher Bewilligung an den Rath von Berlin beschlossen. Dieser verwendete den Hof nach einem Neubau zum Stadtgefängnisse. Nachdem man aber im Jahre 1797 ein neues Stadtgefängniß in den Hintergebäuden des Hauses „Molkenmarkt Nr. 1" eingerichtet hatte, wurde der nach der Klosterstraße gelegene Theil des Kalandshofes an den Maurermeister Adler verkauft, während das an der Königsmauer belegene Hintergebäude zu Wohnungen der Stadtdiener benutzt wurde. Adler verkaufte einen Theil seines Besitzes im Jahre 1801 an den Geh. Ober-Finanzrath Schomer, und aus dieser Zeit mag auch die im Empire-Geschmack gehaltene hübsche Front des eingeschossigen Baues Klosterstr. 91 herrühren. Die Besitzer wechselten alsdann verschiedene Male. Jetzt ist Eigenthümer der Schlächtermeister Breslauer. Im Laden sieht man ein prachtvolles Sterngewölbe, sich stützend auf vier gewaltigen Pfeilern. Es ist das richtige Kalandgewölbe, ganz gehalten im Charakter des 14. Jahrhunderts und übereinstimmend mit dem Gewölbe des vor zwei Jahren am Köllnischen Fischmarkt niedergelegten Baues, sowie mit den Gewölben anderer märkischer Kalande, wie beispielsweise in Spandau und in Bernau. Aus jenem Ueberrest in der Klosterstraße, wie aus der Anlage der Keller ergiebt sich, daß der Neubau, welchen der Rath von Berlin zu Anfang des 18. Jahrhunderts vorgenommen, im Wesentlichen ein Umbau gewesen ist, bei welchem Keller und Erdgeschoß des alten Gebäudes ziemlich geschont worden sind. Die Keller sind mit mächtigen Tongewölben überspannt — einer von ihnen liegt mit der Sohle um einige Meter tiefer wie die anderen. Die Wände bestehen aus mächtigen märkischen Granitfindlingen, zu welchem später als Flickwerk Ziegel in großem Format hinzugetreten sind. Aus solchen Findlingsblöcken scheint das ganze Fundament zu bestehen. Trotz ihrer tiefen Lage dringt nicht das geringste Grundwasser in diese unterirdischen Gelasse hinein. Ein Gang, welcher von hier nach der Marienkirche führte, ist in späterer Zeit zugemauert worden. Diese ganze Subkonstruktion macht einen cyklopenhaften und alterthümlichen Eindruck. Es ist schade um den alten, schönen und interessanten Bau, der nun auf immer dahingeht. Zu erwarten steht, daß sich beim Abbruch noch mancher bemerkenswerthe Fund ergeben wird. Schon vor einigen Jahren ist dem Märkischen Museum eine daselbst gefundene eiserne Wetterfahne aus der Mitte des 17. Jahrhunderts übergeben worden.

Der Verkauf von Bahnsteig-Karten mittelst Automaten, wie er seit drei Wochen auf Bahnhof Friedrichstraße eingeführt worden ist, scheint sich nicht zu bewähren. Die Absicht der Bahnverwaltung, den Andrang zu den Schaltern durch Aufstellung des Automaten zu vermindern, ist als mißlungen zu betrachten, und aus diesem Grunde wird von der Aufstellung weiterer Automaten auf anderen Stadtbahnhöfen Abstand genommen werden.

Ein Begräbniß mit Hindernissen, wie es wohl in Berlin noch nicht vorgekommen ist, fand am 14. d. Mts. auf dem Nazareth-Kirchhof statt. Als am genannten Tage Nachmittags 3 Uhr die Leiche des Böttchers Balkmeister beerdigt werden sollte und das Trauergefolge mit der Leiche am Kirchhof angelangt war, war die Thür des Friedhofes merkwürdiger Weise noch verschlossen. Es blieb unter diesen Umständen nichts Anderes übrig, als den Sarg niederzusetzen und die Klingel zum Friedhofsverwalter in Bewegung zu setzen. Nach wiederholtem Klingeln erschien denn auch der Verwalter und wunderte sich höchlichst über den Trauerkondukt. Nach längerem Hin- und Herreden stellte es sich denn heraus, daß für die Leiche überhaupt noch kein Grab hergestellt worden war. Jetzt war guter Rath theuer. Sollte man mit dem Todten wieder umkehren? Das war nicht thunlichst und so entschloß man sich, zuerst auf die Suche nach Kirchhofsarbeitern zu gehen. Die waren aber nirgends zu finden und so wurde der Sarg zunächst nach der Leichenhalle geschafft. Dann ging es unter Vorantritt des Verwalters nach der Stelle des Kirchhofes, in welcher der Todte hätte ruhen sollen. Ein Theil der männlichen Leidtragenden entledigte sich der Röcke und nun begann ein Hacken und Graben, als wenn es gelte, Festungswälle aufzuwerfen. Endlich war im Schweiße des Angesichts die vorgeschriebene Tiefe von 6 Fuß erreicht, die Leidtragenden legten Hacke und Schaufel bei Seite, zogen ihre Röcke wieder an und jetzt endlich war es möglich, den Todten bestatten zu können. Daß sich dieser Akt besonders weihevoll gestaltet hätte, konnte Niemand behaupten, dazu waren die Umstände, welche der Beisetzung vorangegangen waren, wahrlich nicht angethan. Beim Verlassen des Friedhofes machte sich auch der Groll in manch' heftigen Worten Luft und allgemein wurde die Frage aufgeworfen: Wer trug die Schuld an diesem unliebsamen Ereigniß? Auf Seiten der Angehörigen des Verstorbenen konnte dieselbe unmöglich liegen, denn dieselben hatten Anmeldungen ꝛc. durchaus vorschriftsmäßig besorgt. Allgemein machte sich die Ansicht geltend, daß die Kirchhofsverwaltung, ganz besonders den Kirchhofsverwalter selbst die Schuld treffe. Mag nun die Eintragung an falscher Stelle oder an falschem Tage erfolgt sein oder mag ein sonstiges Versehen vorliegen, der Verwalter ist verantwortlich für den höchst peinlichen Zwischenfall. Daß die Leidtragenden ohne Weiteres die Erlaubniß erhielten, selbst das Grab auszuschaufeln, spricht auch nicht dafür, daß diese ein Verschulden trifft. Es blieb eben nichts Anderes übrig, als daß diese selbst kräftig mit Hand anlegen mußten, wenn anders die Beerdigung überhaupt von Statten gehen sollte. Somit ist das Versehen ohne Zweifel auf Seite des Friedhofsverwalters gewesen. Das ist aber sonst ein sehr strenger Herr, der weiß, was er seinem Amte schuldig ist. Als neulich ein Parteigenosse auf demselben Friedhof beerdigt wurde, wollte der Gesangverein der Töpfer das Lied: „Ein Sohn des Volkes" am Grabe singen. Der Verein hatte aber die Rechnung ohne den Verwalter gemacht, welcher das Singen dieses Liedes strengstens verbot. Möge der Verwalter in Zukunft immer so auf dem Posten sein, wie in diesem Falle!

Seit einiger Zeit ist bei den hiesigen höheren Lehranstalten ein Lehrbuch eingeführt worden, welches sich betitelt: „Vollständiger Lehrgang zur leichten, schnellen und gründlichen Erlernung der englischen Sprache von H. Plato, vormals ordentlicher Lehrer an der Realschule zu Bremen, erste Elementarstufe." In der 51. verbesserten Auflage dieser Grammatik nun sind die einzelnen Sätze der Lektionen durch Striche oder Zahlen, wie es sonst wohl üblich ist, nicht von einander getrennt worden, und man begegnet daher in dem Lehrbuch ganz merkwürdigen Zusammenstellungen. So heißt es in Lektion 55: „Man vermuthet, daß der König im Monat August hierherkommen werde. Als ich den Menschen wieder sah, erkannte ich sogleich, daß er derselbe Schurke war, der meinen Freund betrogen hatte!" und an einer anderen Stelle weiter: „Die Alten bildeten sich ein, daß die Sonne sich um die Erde bewege. Du kannst nicht leugnen, daß Deine Nachlässigkeit die Ursache dieses Unglücks ist."

Ein entsetzlicher Unglücksfall ereignete sich am Montag Abend auf der hiesigen Stadtbahn. Als vorgestern Morgen die Beamten der Station Thiergarten ihren Dienst antraten, bemerkten sie auf dem Externgeleise hart an der Bahnhofshalle den buchstäblich in Stücke zerrissenen Leichnam eines Mannes. Bis auf weite Strecken hin fand man noch Fleischtheile vor, welche der Zug, der den Mann überfahren, mit sich fortgerissen hatte. Gestern nun ist die Leiche als diejenige des 35 Jahre alten Fabrikanten Max Josephsohn, welcher unter der Firma Friedländer u. Josephsohn eine Fabrik von Lowries und Schmalspurbahnen Sellerstraße 6 in Berlin betrieb, rekognoszirt worden. Der unverheirathete Fabrikbesitzer, welcher Köthenerstraße 48 bei seiner Mutter wohnte und in den besten Verhältnissen lebte, ist am Montag Abend von Potsdam nach Berlin gefahren. Er muß, dem Verbote entgegen, auf der Plattform des Wagens gestanden haben, als der Zug um 10 Uhr 16 Minuten durch die Station Thiergarten fuhr, ist voraussichtlich hier abgestürzt, gegen das eiserne Geländer des Viadukts geschleudert und dann von dem Zuge erfaßt worden. Die Leiche ist dem Charlottenburger Schauhause überwiesen worden. — Ein anderes Unglück auf der Bahn hat sich gestern in Spandau ereignet. Dort zermalmte, wie uns gemeldet wird, ein Vorortzug einen russischen Auswanderer.

Ein gefährlicher Messerheld ist der Maurer Schilling, welcher in der Nacht zum 24. d. M. verhaftet wurde. Er hatte in dem Lokal von W. in der Kurfürstenstraße mit mehreren unbekannten Männern Karten gespielt, wobei ihm falsches Spiel vorgeworfen worden war. Schilling soll darauf erwidert haben, er pfeife auf die Redlichkeit. Hierdurch ist es zu Streitigkeiten gekommen, die sich nach Schluß des Lokals auf die Straße verpflanzten und hier in Thätlichkeiten ausarteten. Schilling zog dabei sein Messer und sprang auf einen Mitspieler, welcher sich aber an ihm nicht thätlich vergriffen hatte, den Maler Kiesewetter zu und stieß ihm das Messer mit solcher Gewalt unter dem linken Auge in die Wange, daß die Klinge abbrach und ein großes Stück derselben in der Wunde haften blieb. Auf der Sanitäts-Wache konnte dasselbe nicht aus der Wange entfernt werden, und es mußte dem Verletzten in der Klinik dieserhalb der linke Gesichtsknochen aufgemeißelt werden. Ob das linke Auge erhalten bleibt, ist fraglich; jedenfalls ist die Verletzung eine sehr gefährliche, da das Gehirn getroffen worden ist.

Unglücksfall oder Verbrechen? Ueber das geheimnißvolle Verschwinden eines Agenten wird uns folgendes aus dem bei Köpenick belegenen Dorfe Rudow gemeldet. Der daselbst wohnende Agent Adolph Barthold entfernte sich am Sonntag früh 8 Uhr aus seiner Wohnung, um in Köpenick, Adlershof, Grünau Rechnungen einzukassiren und hat allem Anschein nach 400 bis 500 M. bei sich gehabt. B. ist nun bis heute nicht zurückgekehrt und da der Agent als ein fleißiger, solider Mann galt, so muthmaßt man, daß demselben ein Unglücksfall zugestoßen oder B. das Opfer einer Bluthat geworden ist. Am Sonntag Abend um 7 Uhr ist nämlich B. noch in dem Restaurant von Leopold in Adlershof gewesen und dort haben sich zwei unbekannte Männer ihm zugesellt, mit welchen der Agent schließlich das Wirthshaus verlassen hat, um nach Rudow zurückzukehren; seit dieser Zeit hat Niemand mehr den Agenten gesehen und auch die Begleiter des Letzteren haben sich trotz Aufforderungen und Recherchen der Köpenicker Polizei noch nicht gemeldet. B. befindet sich im kräftigsten Mannesalter.

Polizei-Bericht. Am 26. d. M., Morgens, wurde ein Arbeiter auf dem Abort des Hauses Linienstr. 85 erhängt vorgefunden. — Abends versuchte ein geisteskranker Feilenhauer mit seiner Frau, als er auf dem Stadtbahnhof Börse einen Zug versäumt hatte, auf den Geleisen entlang zu gehen. An der Kaiser-Wilhelmstraße wollte er sich auf die Straße hinabstürzen, wurde jedoch durch zwei Männer, welche infolge der Hilferufe der Frau den Bahnsteig erstiegen hatten, daran verhindert. Von einem inzwischen vorüberfahrenden Zuge wurde er und seine Frau erfaßt, zur Seite gestoßen und beide am Kopf verletzt. Er wurde auf Anordnung des Bezirks-Physikus nach der Charitee gebracht. — Zu derselben Zeit versuchte ein Seidenwirker in seiner Wohnung, Am Ostbahnhof 2, sich mittelst Rasirmessers die Adern an beiden Handgelenken zu durchschneiden. — Im Laufe des Tages fanden 4 kleine Brände statt.

Gerichts-Zeitung.

„Adel verpflichtet!" In der Anklagesache gegen den Agenten Abrahamson, in welcher der Kammerherr Graf v. Gersdorff die Hauptrolle spielt, ist ein neuer Termin zur Hauptverhandlung auf den 25. Februar angesetzt worden. Bezüglich der von dem letzteren in die Zeitungen lancirten „Berichtigung" macht uns unser Gerichts-Berichterstatter folgende Mittheilungen, zu welchen er von dem Rechtsanwalt Dr. Fr. Friedmann ausdrücklich autorisirt ist: Um jede Annahme auszuschließen, als ob jener sogenannten Berichtigung gegenüber irgend eine derjenigen Behauptungen zurückgezogen würde, welche dem Berichte gemäß von dem Vertheidiger in der öffentlichen Verhandlung des Abrahamson'sches Prozesses aufgestellt sind, hält der Vertheidiger dieselben vollinhaltlich aufrecht, trotz der von berufener und unberufener Seite seit dem Erscheinen des Grafen G. in Berlin gegen den Anwalt unternommenen Einschüchterungs-Versuche. Es wird betont, daß die Behauptungen aufgestellt sind trotz der vorher verlesenen, in ihrer Art wohl einzig dastehenden Depesche des Zeugen Graf G., in welcher dieser per Telegramm von Wien aus seine früheren Aussagen eidlich erhärtete. Bei dem Umfang der Angelegenheit und der Divergenz der von dem Grafen in seinem sogenannten Berichtigungsschreiben herausgegriffenen Punkte, kann im Allgemeinen nur die mündliche Verhandlung Aufklärung verschaffen und es wird sich da zeigen, ob der Zeuge eidlich den Inhalt seines Berichtigungsschreibens bestätigen wird. Im Allgemeinen bemerkt der Rechtsanwalt Dr. Fr. zu den von dem Grafen aufgestellten Punkten kurz folgendes: Die Erwartung, daß der Zeuge nur dann nach Berlin kommen könne und werde, wenn er seine Schulden vorher beglichen, sei, wie leicht, nachzuweisen, berechtigt gewesen und werde der Zeuge wohl mittheilen können, welche Zahlungen er geleistet, seitdem er in Berlin eingetroffen. Dr. Fr. hat sich nämlich Kenntniß von den inzwischen gemachten Zahlungen verschafft. Dem letzteren erscheint es ferner unerfindlich, mit welchem Recht es Graf G. für unwahr erklärt, daß ihn hier offene Ordres erwarteten. Am Tage der gerichtlichen Verhandlung in Sachen Abrahamson warteten auf das Erscheinen des Grafen zwei Gerichtsvollzieher, der eine vor dem Sitzungszimmer der Strafkammer, der andere auf der Treppe des Gerichtsgebäudes. Inwiefern gegenwärtig auf die Möglichkeit, eine solche offene Ordre zu vollstrecken, die Immunität der Abgeordneten einwirkt, ist Rechtsfrage. Auf die direkt den Abrahamson'schen Prozeß betreffenden Behauptungen des Grafen will der Vertheidiger, um nicht der vom Gerichtshofe vorzunehmenden Beweisaufnahme vorzugreifen, nicht eingehen. Außerhalb dieses Rahmens giebt aber der Vertheidiger, nachdem ihm trotz der ihm vorliegenden Pfändungen und Arrestbriefe Unwahrheit vorgeworfen worden und nachdem sich das demselben von allen Seiten freiwillig zugehende Material täglich vermehrt, von der Art, in welcher Graf G. Exekutionen zu vermeiden weiß, folgende Probe, die er in der Hauptverhandlung beweisen will: In einer Prozeßsache hatte Graf G. 1250 M. zu zahlen. Als der Gerichtsvollzieher bei ihm erschien, legte er demselben zur Abwendung der Exekution einen Postschein vor, wonach er den Betrag an den Kläger abgesandt haben wollte. Der Gerichtsvollzieher stand infolge dessen von der Pfändung ab und berichtete dem entsprechend dem betreffenden Rechtsanwalt: „daß Schuldner am heutigen Tage 1250 M. laut vorgelegtem Briefpostschein an den Kläger abgesandt habe." Thatsächlich aber hatte der Graf nicht etwa 1250 M. baar abgesandt, sondern in ein Kouvert ein 3-Monats-Akzept auf sich über diese Summe gelegt, auf dieses Kouvert „Inliegend 1250 M." geschrieben und dementsprechend einen Postschein erhalten. Der Brief, dessen Adresse von dem Grafen selbst geschrieben ist, ist mit 5 Siegeln und mit dem gräflichen Wappen als Geldbrief gesiegelt und wird im Hauptverhandlungs-Termine vorgelegt werden. Außerdem wird auch der Empfänger jenes Briefes und der Gerichtsvollzieher geladen werden. — Alle weiteren Widerlegungen der Graf G.'schen „Berichtigung" will sich der Vertheidiger zur Hauptverhandlung vorbehalten.

Die gehässige Gesinnung einzelner Kutscher gegen die Velocipedfahrer zeigte sich wiederum in einer Verhandlung, welche gestern vor der VII. Strafkammer des Landgerichts I gegen den Arbeiter Hermann Treburh stattfand. Derselbe war der fahrlässigen und vorsätzlichen Körperverletzung sowie der Sachbeschädigung beschuldigt. Am 28. September v. J. fuhr der Restaurateur L. auf seinem Dreirad durch die Sebastianstraße. An der Kreuzung der Alexandrinenstraße begegnete ihm der Angeklagte, der einen leeren Kohlenwagen führte. L. hielt sich vorschriftsmäßig auf der rechten Seite und da der ihm entgegenkommende Angeklagte, der ebenfalls auf der rechten Seite fuhr, keine Miene machte auszubiegen, sondern dem Winken L.'s nur ein höhnisches Lachen entgegensetzte, war der Letztere der Meinung, daß der Angeklagte in die Alexandrinenstraße einbiegen, und zu diesem Zwecke einen größeren Bogen auf der sonst vollständig freien Straße beschreiben wollte. L. brachte deshalb sein Dreirad zum Stillstand. Der Angeklagte bog indessen keineswegs aus und obgleich L. sich mit seinem Dreirad hart an der Bordschwelle hielt, wurde sein Gefährt von dem Wagen des Angeklagten angefahren und vollständig zertrümmert. L. fiel auf den Bürgersteig und erlitt erhebliche Verletzungen. Er sprang auf und verfolgte den Angeklagten, der eiligst davon zu fahren versuchte. Als L. dem Pferde in die Zügel fiel, ließ der Angeklagte eine Menge Peitschenhiebe auf ihn niedersausen, der Gemißhandelte hielt aber trotzdem fest, bis ein Schutzmann ihm zu Hilfe kam. Da der Angeklagte behauptete, daß das Anfahren nicht vorsätzlich geschehen sei und ihm das Gegentheil nicht bewiesen werden konnte, so blieb es in Betreff dieses Punktes bei der Fahrlässigkeit. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten eine Gefängnißstrafe von sieben Monaten. Der Gerichtshof hatte die Ueberzeugung gewonnen, daß der Angeklagte den Restaurateur L. vorsätzlich angefahren hatte und bei der Rohheit seines ganzen Verhaltens eine empfindliche Strafe verdiene. Es wurde auf ein Jahr Gefängniß und sofortige Verhaftung des Verurtheilten erkannt.

Durchstechereien mit einem Fahrgaste haben den Eisenbahnschaffner Karl Hoffmann eine Anklage wegen Betrugs zugezogen, welche gestern vor der Berufungsinstanz des Landgerichts I gegen ihn verhandelt wurde. In erster Instanz war Hoffmann für überführt erachtet und zu einer Geldstrafe von 20 M. verurtheilt worden. An einem Dezembertage 1890 fand der kontrollirende Verkehrsbeamte in Stettin einen 12jährigen Knaben als einzigen Fahrgast in einem Wagen 1. Klasse. Der Angeklagte, der den Zug, der nur Wagen 1. und 2. Klasse führte, bediente, erklärte auf Befragen, daß er den Knaben, der nach Stargard reisen wolle und eine Fahrkarte 2. Klasse gelöst habe, wegen Raummangels in der ersten Klasse habe unterbringen müssen. Daß diese Angabe unwahr war, wurde bald erwiesen und in der gestrigen Verhandlung der Sachverhalt ebenso festgestellt, wie in der ersten Instanz. Der betreffende Knabe ist der Sohn eines Restaurateurs in Stargard, der während der Ferien bei Verwandten in Berlin zum Besuche gewesen. Er hatte nur eine Fahrkarte vierter Klasse gelöst. Als der Knabe an jenem Morgen zur Rückkehr nach Stargard auf dem Stettiner Bahnhofe eintraf, wurde er von dem Angeklagten in Empfang genommen und in einen Wagen erster Klasse gesteckt. Wie der Knabe zugab, hatte er unterwegs dem Angeklagten ein Trinkgeld gegeben und sei der Letztere auch bei einem späteren Besuche in der Restauration des Vaters belohnt worden. Der Gerichtshof zweiter Instanz zweifelte ebenfalls nicht an der Schuld des Angeklagten, sondern bestätigte das erste Urtheil.

Det sind von vorne herin drei Theile, uf die ick meinen Standpunkt berufe. Det sind mein jutet Jewissen, meine straffreien Handakten, der Parajraf so und so — ick sloobe, er heißt Nummer 193 von't königlich preußische Jesetzbuch —, Grund dessen ick mir voll un janz in die berechtigte Wahrnehmung meiner Interessen befunden habe un schließlich det Jerechtigkeitsjefühl von den hohen Herrn Jerichtshof. So der Töpfer B. . . der sich wegen Hausfriedensbruchs und Sachbeschädigung vor dem Schöffengerichte zu verantworten hatte. Vors. (seufzend): Das kann ja nett werden. Angeklagter, das sind ja vier Theile, ich denke aber, Sie verlassen sich einfach auf das Ergebniß der Beweisaufnahme, Gerechtigkeit wird

Ihnen werden. Wir werden die Sache, die an sich ja einfach ist, ruhig und ohne Umschweife miteinander besprechen, ich frage und Sie antworten, damit kommen wir am weitesten. — Angekl.: Na, Herr Präsident, die Sache is doch en apartiger Fummel mit en jewissen Dolus, wie die Herren Juristen sagen, ick muß doch voll un janz uff meine Freisprechung plaidiren. — Vors.: Also, Sie bestreiten Ihre Schuld? — Angekl.: Voll un janz. — Vors.: Am 30. September befanden Sie sich in dem Lokale des Schankwirths M. in der Prinzenstraße? — Angekl.: Voll un — nee, wat ick sagen wollte, ick war da, aber blos als Jast. — Vors.: Nun natürlich. Sie geriethen mit den übrigen Gästen in Streit? — Angekl.: So war et nu doch nich, aber wenn ick det nich erzählen darf, denn kann mir der Parajraf 139 ja jarnischt nutzen. — Vors.: Nun, dann meinetwegen, aber machen Sie's kurz! — Angekl.: Am 30. September treffe ick nach längere Zeit mit meinen alten Freund, den Stubenbohner S. zusammen. Wir klagen uns jejenseitig über die schlechten Zeitverhältnisse wat vor und jehen so weiter, bis wir an die „Stille Liebe" sind. — Vors.: Stille Liebe? Was soll das heißen? — Angekl.: Det is en Kellerlokal. Wat mein Freund is, der meent: „Komm mit runter, wir wollen uns für'n Jroschen andere Jedanken koofen." „Js gut, sage ick, da bin ick voll und janz mit einverstanden." Wir denn runter, wo wir uns jeder en jroßen „Liebe mit Jefühl" inschenken ließen. Det is en sehr schöner Schnaps, den der Wirth selbst uffsetzen dhut, det is aber noch det eenzige, worin er voll un janz meine Beipflichtung besitzen dhut. Meiner Ansicht nach, is da en bisken ville Kalmus mang, aber — Vors.: Kommen Sie zur Sache selbst. — Angekl.: An eenen jroßen runden Tisch saßen en Stückener fünf, sechs Jäste un et war 'ne sehr heftige Unterhaltung, eener hatte den Mordprozeß Heintze vorjelesen un nu konnten sie nich dabrieber einig wer'n, ob der Heintze et jewesen war, oder nich. Einije meenten, det er unreitbar verloren wäre un die Anderen sagten wieder, er könnte jarnich vermöbelt wer'n, indem det keen hinreichendet Indizium jejen ihn vorhanden wäre. Det jing so rüber un 'nüber un een Jeder blieb bei seine Meinung, bis ick mir ooch an die Unterhaltung betheilije. „Meine Herren!" sage ick, nich weil der Heintze jewissermaßen en Kolleje von mir is, denn ick bin ooch Töpper, aber ick habe dabrieber eene andere Ansicht. Sehen Sie, zum Beispiel er is et jewesen un et kann ihm nich bewiesen wer'n, denn wird er nich voll un janz freijesprochen, nee, durchaus un durchum nich, denn wenn et ihm bewiesen wird, det er eenen kennen dhut, der wieder eenen kannte, der jesagt hat, det er dabei jewesen wäre, als sie den Braun um die Ecke brachten, denn kann er wejen Theilnahme rinschlibbern. Aber hinjericht' wird er nich, indem die Sache nich hinreichend ufjeklärt is. Nu sagen Sie selbst, Herr Jerichtshof, hatte ick Recht, oder hatten die Unrecht? — Vorsitzender: Aus dieser Unterhaltung entspann sich nun ein Streit, der Wirth wies Sie hinaus und Sie gingen nicht? — Angekl.: Als ick die Dasseis det in vernünftiger Weise auseinander jesetzt hatte, riefen sie Alle: Wat is det for'n Quatschkopp? wodruf ick ruhig sagte: Meine Herren, ohne Sie zu schmeicheln, aber jejen Dummheit kämpfen Töpper selbst verjebens. Nu wollten sie mir verhauen, der Wirth trat aber zwischen und wies mir raus. Jck sagte ihm denn nu, det er weder Liebe noch Jefühl hätte, det wollte ick ihm voll un janz schriftlich jeben, un so jab een Wort det andere, bis sie denn Alle über mir herfallen dhaten un mir rausschmissen. — Vorsitzender: Sie sollen dabei aus Wuth eine der Thürscheiben eingestoßen haben. — Angeklagter: Nich aus Wuth, sondern aus Versehen mit Wahrnehmung berechtigter Interessen. Wenn zehn Mann eenen rumzerren un ick will nich mit 'n Wuppdich un mit Wehemevenz uf det Straßenpflaster hinschlagen, denn muß ick mir rückwärts jejenstemmen un dabei mag et denn woll jekommen sind, det der Wirth seine „liebe un jefühlvolle Behandlung" mit 'ne zerbrochene Fensterscheibe belohnt jekriegt hat. Jck for meinen Theil muß dabei bleiben, det ick voll un janz unschuldig bin.

Der Angeklagte wird nur wegen Hausfriedensbruchs mit einer Geldstrafe von 5 M. belegt.

Versammlungen.

Die Berliner Lokalkommission erstattete am 26. d. M. in einer Volksversammlung im Feenpalast Bericht über ihre Thätigkeit. Berichterstatter war Wernau. Derselbe bemerkte, daß nach dem Parteitage die Lokalkommission neu gewählt worden sei, weil, nicht aus Müdigkeit, sondern aus anderen Gründen, mehrere Mitglieder aus der Kommission ausgetreten wären. Dieselbe sei sich dahin schlüssig geworden, fernerhin nur eine „Boykottliste" zu veröffentlichen, d. h. die Namen derjenigen Lokale, welche für Arbeiterversammlungen nicht zu haben sind. Die anderen Wirthe hätten sich schriftlich verpflichtet, ihre Säle für Arbeiterversammlungen kostenlos herzugeben. Bis jetzt seien einhundertundelf Unterschriften eingegangen, doch schwebten noch Unterhandlungen mit etlichen Wirthen. Die Kommission habe diesmal bei den Wirthen größeres Entgegenkommen gefunden. Beabsichtigt sei von der Lokalkommission, in Parteilokalen später genaue Listen von arbeiterfreundlichen Wirthen zu Jedermanns Einsicht auszuhängen. Wenn auch die Direktive der Lokalkommission im Allgemeinen Beachtung gefunden hätte, so sei doch seitens verschiedener Vereine bezw. Personen derselben entgegengehandelt worden. So kritisirte Referent besonders den Besuch des boykottirten Keller'schen Lokales in der Köpnickerstraße seitens der Genossen Tutzauer und Apelt gelegentlich eines Vergnügens des Vereins Berliner Möbelhändler, dessen Mitglieder die genannten Genossen seien. Die Denkart verschiedener Wirthe beleuchtete Referent in drastischer Weise, ermahnte die Parteigenossen, das Ihrige zu thun, um die noch widerstrebenden Wirthe eines Besseren zu belehren, und empfahl im Anschlusse hieran die Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker der Berücksichtigung, diese Empfehlung in eingehendster Weise begründend und die traurige Lage des Musikergewerbes klarlegend. Im Anschlusse an den Bericht Wernau's erhielt Abgeordneter Auer das Wort zu einem Vortrage über das Thema: „Der Boykott und seine Bedeutung für die Arbeiterbewegung." Der Redner knüpfte an die Musikerfrage an und empfahl jenen Beamten, die infolge ihrer schlechten Bezahlung das Musikergewerbe als Nebengewerbe betreiben, keinen Vorwurf hieraus zu machen, vielmehr dahin zu agitiren, daß diese kleinen Beamten vom Staate auskömmlich bezahlt werden. Zum eigentlichen Thema seines Vortrages übergehend, erläuterte Redner zunächst die Entstehung und das Wesen des Boykotts, dieses jüngsten Kampfmittels der Arbeiter in Deutschland, dessen praktische Anwendung, besonders auf politischem Gebiete, in anderen Ländern schon sehr alten Datums sei. Nach und nach sei der Boykott auch hineingetragen worden in die sozialen Kämpfe, die zwischen Unternehmern und Arbeitern stattfinden. In längeren Ausführungen veranschaulichte der Vortragende die Boykottirung sozialdemokratischer Arbeiter, wie sie seitens der Unternehmer und staatlicher Betriebe in Szene gesetzt wurde, lange bevor die Arbeiter ihrerseits den Boykott in Anwendung brachten. Hierzu sind die Arbeiter erst durch die bekannte Saalabtreiberei unter dem Sozialistengesetze gedrängt worden. Dieser Vorgang gab dem Referenten Gelegenheit, die Abhängigkeit der Lokalbesitzer von der Polizei, welche mit dem Inkrafttreten des Trunksuchtsgesetzes ganz erheblich vermehrt werde, des Näheren zu beleuchten. Die Furcht vor der Polizei sei mit das zur Lokalverweigerung treibende Motiv, nicht eine Arbeiterfreundlichkeit der Gastwirthe. Diese fühlten den auf ihnen lastenden Druck sehr empfindlich und der bedeutende Erfolg des seinerzeitigen Gastwirthsboykotts sei zum großen Theile auf dieses Unbehagen der Gastwirthe zurückzuführen, denen der Boykott sehr gelegen kam. Ein derartiger, eine Lebensfrage für die Arbeiterorganisationen betreffender Boykott sei durchaus gerechtfertigt und gar nicht zu vergleichen mit den Boykotts der Unternehmer. Redner warnt indeß vor einer allgemeinen Hinüberführung des Boykotts in das bürgerliche Leben. Ferner dürften nur solche Boykotts beschlossen werden, welche durchführbar sind. Keinesfalls dürfe ein Boykott zu einer Vergewaltigung abweichender politischer oder wirthschaftlicher Gesinnung ausarten, wie schon der Parteitag in Halle in einer Resolution ausgesprochen habe. Der Boykott der Antisemiten gegen die Juden sei deshalb verwerflich. Auf einen solchen Boden dürfe sich die Partei nicht stellen. In einzelnen Fällen ist der Boykott zu empfehlen, nicht aber für Alles schlechtweg. Redner beantragte folgende Thesen: 1. Der Boykott ist für die Arbeiterklasse nur unter besonderen Voraussetzungen und im beschränkten Umfange ein brauchbares Kampfesmittel.

2. Der Boykott darf unter keinen Umständen zu einem Mittel der politischen oder wirthschaftlichen Vergewaltigung werden zu dem Zwecke, die persönliche Ueberzeugung zu strafen oder Heuchelei zu erzwingen.

3. Der Boykott ist aber überall da berechtigt, wo es für die Arbeiterklasse gilt,

a) die auf materielle oder politische Schädigung gerichteten Bestrebungen ihrer Gegner zurückzuweisen;

b) in besonders gearteten Fällen auch da, wo es sich für die Arbeiterklasse darum handelt, ihre soziale und politische Lage innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft zu verbessern."

In der Diskussion verwahrte sich Zubeil gegen einen wider seine Person gerichteten, im Moniteur der „Unabhängigen" erschienenen albernen Schmähartikel. Nachdem Fräulein Wabnitz gesprochen, erbat sich Block Auskunft über den angeblichen Boykott der Wille'schen Schriften. Auer erwiderte, daß infolge der von den „Unabhängigen" gegen die Parteileitung erhobenen Beschuldigungen, bezw. um jedem Verdachte einer materiellen Uebervortheilung vorzubeugen, das Kommissionsverhältniß der Verlagshandlung des „Vorwärts" zu Dr. Wille, und nur dieses, gelöst worden sei, die Wille'schen Schriften aber auf Verlangen, wie jedes andere Druckwerk, durch die Buchhandlung des „Vorwärts" selbstverständlich besorgt würden. Ein Boykott der geistigen Produkte Wille's liege also in keiner Weise vor.

Grauer befürwortete hierauf die Thesen Auer's namentlich im Hinblick auf den erfolglosen Boykott der Philharmonie.

Täterow beantragte unter motivirter Begründung den einen Protest gegen den behördlichen Boykott sozialdemokratischer Arbeiter in Staatswerkstätten, war der Meinung, daß der Boykott nicht gänzlich fallen gelassen werden könne und ermahne besonders, die Lokalkommission thatkräftigst zu unterstützen.

Bäcker Pfeiffer wünschte in Uebereinstimmung mit einem Vorredner auch die Veröffentlichung derjenigen Lokale, die für Arbeiterzwecke zu haben sind, befürwortete den Boykott in Gestalt der Kontrollmarken und bat um Unterstützung der Genossenschaftsbäckerei.

Pötzsch prophezeihte dem Boykott für die Zukunft eine noch größere Bedeutung, als derselbe gegenwärtig hat und bestritt, daß das Erkennungszeichen für die Mitglieder des Vereins Berliner Gastwirthsgehilfen bestimmt sei, einen Einfluß auf die politische Gesinnung der Kellner auszuüben. Der Redner wies auf die menschenunwürdigen Zustände im Kellnergewerbe hin und befürwortete den Bezug von Kellnern aus dem kostenlosen Arbeitsnachweise. Er beantragte eine entsprechende Resolution.

Gegen die vielen Resolutionen einzelner Gewerkschaften wandte sich Zack und legte, entgegen der Meinung Auer's, auf die öffentliche Meinung keinen Werth.

Hiernach wurde die Diskussion geschlossen. Ueber die verschiedenen eingelaufenen Resolutionen entspann sich eine weitere längere Debatte. Durch eine eingelaufene Frage, wie sich die Versammlung zu dem Beschlusse des 1. Wahlvereins, die „Unabhängigen" in der Lokalfrage nicht zu unterstützen, stelle, erklärte Wernau, daß die Lokalkommission den Unabhängigen sehr kühl gegenüberstehe und auch der Referent fand keine Veranlassung, sich für jene Feinde der Partei zu erwärmen. Von den eingelaufenen Resolutionen gelangten die folgenden zur Annahme:

1. Die heutige Volksversammlung protestirt gegen die Thatsache, die der Minister v. Bötticher im Reichstage offiziell mittheilte, nämlich daß in verschiedenen Staatsbetrieben Sozialdemokraten keine Beschäftigung erhalten und erklärt diese Maßregelung als einen Boykott, der mit den in der Verfassung gewährleisteten Rechten für alle Staatsangehörige nicht zu vereinbaren ist, da die Pflichten an Gut und Blut in dem heutigen Staate von Allen ohne Unterschied der Parteistellung verlangt werden.

2. Die heute im Feenpalast stattfindende Volksversammlung beschließt, die Berliner Lokalkommission ganz energisch dadurch zu unterstützen, daß die Berliner Arbeiter die Vergnügungen nicht besuchen, welche in den Lokalen stattfinden, die auf der Boykottliste stehen, damit die betreffenden Wirthe gezwungen werden, auch ihre Säle zu Versammlungen herzugeben und erklärt sich im Uebrigen mit der Taktik der Lokalkommission einverstanden.

3. Die heute pp. Versammlung verpflichtet sich, in Zukunft nur noch Zivil-Berufsmusiker bei Vergnügungen zu berücksichtigen und den wirthschaftlich sichergestellten Beamtenmusikern ihre Unterstützung zu versagen.

4. Die heutige Volksversammlung beschließt: In Erwägung, daß durch die schlechte Bezahlung der Wirthe einerseits und durch das Kommissionärunwesen andererseits die Kellner in doppelter Weise ausgebeutet werden, bei Arbeiterfesten und Versammlungen den Wirth zu bestimmen, seine Arbeitskräfte nur dem kostenlosen Arbeitsnachweise des Vereins Berliner Gastwirthsgehilfen, Annenstraße 14, zu entnehmen, womit gleichzeitig die Gewähr geleistet ist, daß die betreffenden Kellner eine tarifmäßige Bezahlung erhalten.

Ferner wurden die Thesen Auer's angenommen, dagegen folgende vom Buchdrucker Philipp Schmitt beantragte Resolution abgelehnt:

„Die heute im Feenpalast tagende Volksversammlung beschließt, den Boykott über alle Konzert-, Theater- und sonstige Kunst- und wissenschaftliche Institute aufzuheben."

Nachdem noch Auer, veranlaßt durch eine Anfrage, die in Sachen der Buchdruckergehilfen umlaufenden Gerüchte bezüglich der Bading'schen Buchdruckerei richtig gestellt hatte, schloß der Vorsitzende Wernau die von gegen 2000 Personen besuchte Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

Die Vereinigung der Drechsler Deutschlands ꝛc., Filiale Berlin, erklärte in ihrer Versammlung am 17. Januar ihren Anschluß an die Union und wählte den Kollegen Dost zum Delegirten für den Gewerkschaftskongreß.

Der Volksbildungsverein für Britz und Umgegend hatte nach dem in der letzten Generalversammlung gegebenen Kassenbericht im vorigen Vierteljahre eine Einnahme von 84,85 M., während die Ausgaben 88,50 M. erforderten, so daß ein Defizit von 3,65 M. zu verzeichnen war. Dem Kassirer wurde Decharge ertheilt. Aus dem Bericht des Vorstandes ist zu erwähnen, daß im abgelaufenen Quartal 4 Versammlungen und 6 Vorstandssitzungen stattgefunden haben und Statutenbücher, Quittungsmarken sowie eine Bibliothek von 28 Bänden angeschafft worden sind. Bezüglich der Restanten wurde der Vorstand mit der Regelung beauftragt und beschlossen, alle in Zukunft über drei Monate restirenden Mitglieder vor der Streichung erst zur Zahlung aufzufordern. Auf Antrag schloß man dann diejenigen Mitglieder, welche erklärt hatten, nicht auf dem Boden der Erfurter Parteibeschlüsse zu stehen (die Herren Kleist, Meinz und Jakobs) mit 25 gegen 6 Stimmen aus dem Verein aus. An Stelle des hierdurch ausgeschiedenen Herrn Kleist wurde Herr Böwen zum Kassirer und an Stelle des infolge von Zeitmangel zurückgetretenen Herrn Barkenthin Herr Faber zum Beisitzer gewählt.

In der Generalversammlung des Vereins der gewerblichen Hilfsarbeiter, welche am 19. Januar tagte, führte der Reichstags-Abgeordnete Förster den Hilfsarbeitern an der Hand drastischer Beispiele vor Augen, wie nothwendig ein fester Zusammenschluß der Arbeiter ist, und empfahl ihnen unter großem Beifall, sich der zu schaffenden Union anzuschließen, denn vereinigt seien sie Alles, zersplittert aber der Spielball der Unternehmer. An der Diskussion betheiligten sich die Kollegen Marasas, Thal, Solisch u. A. Die Versammelten erklärten sich dann voll und ganz mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und versprachen, fest zu der Organisation der gewerblichen Hilfsarbeiter Berlins und Umgegend zu halten. Der hierauf vom Kassirer W. Arndt gegebene Kassenbericht konstatirt eine Einnahme von 99 M. 94 Pf., eine Ausgabe von 43 M. und einen Bestand von 56 M. 94 Pf. Das Weihnachtsvergnügen brachte 28 M. 80 Pf. Ueberschuß; derselbe wurde den Kollegen Thal und Steinmetz überwiesen. Die Versammlung ertheilte dem Kassirer auf Grund des Berichts der Revisoren Decharge und beschloß, demnächst ein Vergnügen abzuhalten, dessen event. Ueberschuß dem seit längerer Zeit kranken Kollegen Karl Adolf und dem Kollegen Steinmetz verabfolgt werden soll. Zum Schluß wurden die Kollegen vom Vorsitzenden zu recht reger Agitation für den Verein ermahnt.

Lackirer, Filiale IV. In der Versammlung am 18. Januar hielt Herr Apelt einen Vortrag über den Buchdruckerstreik, wofür er lebhaften Beifall erntete. In der Diskussion sprach Kollege Rautenhaus im Sinne des Referats. Derselbe Kollege wurde hierauf zum Delegirten nach Frankfurt a./M. gewählt; auf Antrag des Kollegen C. Müller bewilligte man ihm 10 M. Diäten pro Tag. Zum Ersatzmann wurde Kollege Jungermann bestimmt. Der Delegirte wird Sonntag, den 14. Februar, in Röhlig's Lokal, Neue Friedrichstr. 44, Bericht erstatten. Die Kollegen sind ersucht, in dieser Versammlung recht zahlreich zu erscheinen.

Der Verband der deutschen Gold- und Silberarbeiter (Zahlstelle Berlin) hielt am 19. Januar bei Feuerstein eine Generalversammlung ab, in welcher Theodor Metzner unter großem Beifall über das Thema sprach: „Die wirthschaftliche Lage und ihre Folgen." Nach dem vom Kassirer vorgelegten Quartalsabschluß betrugen die Einnahmen inklusive Bestand vom 31. September 1891 618,30 M., die Ausgaben 270,45 M., der Bestand 347,85 M. Die Mitgliederzahl beläuft sich auf 352. Auf Antrag der Revisoren wurde der Kassirer entlastet. Aus dem Bericht der Vergnügungskommission ist mitzutheilen, daß beim letzten Vergnügen ein Ueberschuß von 230,05 M. erzielt wurde. Beim Punkt „Gewerkschaftliches" entstand eine längere Diskussion über die Organisationsfrage, an welcher sich die Kollegen Brückner, Schröder und Faber betheiligten. Der vorgeschrittenen Zeit wegen konnte jedoch dieser Punkt nicht erledigt werden. Man beschloß in der nächsten Versammlung einen diesbezüglichen Vortrag über das Thema zu hören und dann die Diskussion fortzusetzen.

In der Vereinigung der Drechsler und Berufsgenossen Deutschlands, Zahlstelle Rixdorf, legte am 16. Januar der Kassirer die Abrechnung vom vierten Quartal vor. Dieselbe war von den Revisoren für richtig befunden worden, da letztere aber nicht erschienen waren, so wurde die Decharge-Ertheilung ausgesetzt. Der Kollege Rafehorn berichtete hierauf über die öffentliche Versammlung der Drechsler Berlins, welche zu Gunsten der Zentralisation ausgefallen ist. Kollege Dost sprach zu Gunsten der Gründung einer Union, da nur konzentrirte Arbeitermassen der Macht des Kapitals erfolgreich entgegen wirken könnten. Es wurde noch verschiedentlich für und gegen die Gründung einer Union gesprochen, bis schließlich die Abstimmung erfolgte, welche eine große Majorität für die Gründung einer Union ergab. Als Kandidat zum Gewerkschaftskongreß wurde Kollege C. Dost (Berlin) einstimmig gewählt. Dem kranken und arbeitslosen Kollegen Jordan bewilligte man 10 M. Unterstützung aus dem Reservefonds.

In der öffentlichen Versammlung der Lederarbeiter, welche am 24. Januar stattfand, berichtete Herr Zander über die vermittelst des 10-Pfennig-Bazars und aus anderen Quellen erzielten Einnahmen der Agitationskommission. Dieselben beliefen sich in der Zeit vom März bis 15. November v. J. auf 164,25 M. Ausgegeben hat die Kommission während dieser Periode 54,25 M.; es blieb am 15. November v. J. also ein Bestand von 110 M. in den Händen des Kassirers. Demselben wurde einstimmig Decharge ertheilt. Hierauf hielt Genosse Robert Schmidt einen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über die „Organisationsfrage", in welchem er betonte, daß die Organisation schlechthin sowie der Geist, welcher in ihr herrsche, die Hauptsache sei und die Form nebensächlich wäre. Infolge dessen müsse auch der Streit um die Organisationsform als etwas mehr oder minder Unnützes betrachtet werden. Die Staatsgewalt habe die Macht, jede Organisation im entscheidenden Moment zu zertrümmern. Wo einer Zentralisation keinerlei Hindernisse im Weg ständen, sei sie die zweckmäßigste Form der Vereinigung der Arbeiter, ebenso der Zusammenschluß verwandter Branchen. Aber dieser Grundsatz dürfe nicht auf jedes Gewerk zur Anwendung gebracht werden; es sprächen oft spezifische Verhältnisse bei der Wahl der Organisationsform mit und darum wäre es das Beste, jeder Gewerkschaft die Bestimmung hierüber selbst zu überlassen. An den Vortrag knüpfte sich eine sehr rege Debatte, welche sich wesentlich um den schon so oft diskutirten Zusammenschluß der den Buchbindern verwandten Branchen drehte. Es betheiligten sich daran die Herren Richter, Haunschild, Zander, Christen (Lederarbeiter), Marwitz (Buchbinder), Greifenberg, Drews (Kartonarbeiter) und Freudenreich (Albumarbeiter). Schließlich wurde eine Resolution angenommen, welche die Auflösung der bestehenden Branchenvereine zu Gunsten einer allgemeinen Organisation der in der Leder-, Galanterie-, Papier- und Kartonfabrikation beschäftigten Arbeiter empfiehlt und es verurtheilt, daß die Buchbinder-Vereinigung den anderen Branchen in ihrem Streben nach Zusammenschluß die von diesen geforderten Konzessionen nicht gewährt. Hr. Zander berichtete dann noch über die Versuche der Agitationskommission, sich mit den Kollegen anderer Orte zu verständigen. Große Erfolge seien in dieser Beziehung nicht zu verzeichnen. Nachdem derselbe Redner noch kurz über die Thätigkeit der Streik-Kontrollkommission referirt hatte, wurden dieser zur Unterstützung Streikender und Ausgesperrter 30 M. bewilligt.

Die freie Vereinigung aller in der chirurgischen Branche beschäftigten Berufsgenossen hielt am 19. Januar ihre Generalversammlung bei Seefeldt bei zahlreicher Betheiligung ab. Zunächst schilderte der Vorsitzende Kollege Schmädicke die Thätigkeit des Vorstandes, sowie die des Vereins überhaupt und schloß unter lebhaftem Beifall mit den Worten: Möge ein jeder Kollege eingedenk sein, zu welcher Klasse er gehört und sich demgemäß der modernen Arbeiterbewegung anschließen; denn nur dadurch ist es möglich, bessere Lebensbedingungen zu erkämpfen. Kollege Schuster erstattete hierauf den Jahresbericht. Im verflossenen Jahre wurden insgesammt eingenommen 1554,42 M., dazu Kassenbestand von 1890 185,95 M., in Summa 1740,37 M. Die Ausgabe belief sich auf 1570,47 M., bleibt Bestand 169,90 M. Davon sind an Unterstützungen gezahlt worden 448,50 M., die übrige Summe ist für den Verein verwendet worden. Nach kurzer Debatte wurde zur Wahl des Vorstandes geschritten; dieselbe hatte folgendes Resultat: Schmädicke, 1. Vorsitzender, Schuster, Kassirer, Röhel,

Schriftführer. Zu Stellvertretern: Holubarsch, Brenicke, Lorenz. Zu Beisitzern: Beuhke, Förster, Adamschefski. Zu Revisoren: Müller, Knobel, Gläser. Die Versammlung sprach dem Vorstande ihr Vertrauen aus und hoffte, daß er sich im neuen Jahre bewähren wird. Aus dem vom Kollegen Brückner über die Bibliothek erstatteten Bericht ging hervor, daß dieselbe fleißig benutzt wird und sich reger Theilnahme erfreut. Zu Bibliothekaren wurden die Kollegen Brückner und Lucke gewählt. Nachdem noch verschiedene Redner über die Verhältnisse in der Branche gesprochen hatten und den Kollegen ans Herz gelegt war, immer und immer für die freie Vereinigung zu agitiren, bis auch die letzten noch außenstehenden Kollegen zur Organisation gehören, wurde die Versammlung geschlossen.

Der Deutsche Tischlerverband, Zahlstelle Berlin, hielt am 20. Januar seine erste Wanderversammlung im Norden ab. Dieselbe bot einen Vortrag des Herrn Josepf über das Thema „Sklaverei in Deutschland früher und jetzt". Im Schlußwort streifte Redner den Organisationsentwurf der Generalkommission und forderte zum Beitritt zu den Gewerkschaften, sowie zu reger Agitation für dieselben auf. In der Diskussion sprachen die Kollegen Mertens, König und Ahrens. Kollege Baschgänger beantragte dann, im Lokal Lothringerstraße 67 eine weitere Beitragsammelstelle zu errichten, als deren Verwalter wurde Kollege Hahn vorgeschlagen. Die Bestätigung muß in der Generalversammlung erfolgen. Die Mitglieder werden dringend ersucht, ihre genaue, ausführliche Adresse dem Beitragsammler oder dem Kassirer mitzutheilen, widrigenfalls sie es sich selbst zuzuschreiben haben, wenn sie die „Neue Tischler-Zeitung" nicht erhalten. Dieselbe wird den Mitgliedern kostenlos durch eigene Spediteure zugestellt.

Die Filiale des Verbandes deutscher Korbmacher hielt am 18. Januar eine Mitglieder-Versammlung ab. Dieselbe bot zunächst eine Vorlesung des Kollegen Brückner aus der Berliner Arbeiter-Bibliothek, und zwar aus dem Heft „Technisch wirthschaftliche Revolution der Gegenwart". Der Vortragende erntete reichen Beifall. Die hierauf gegebene Abrechnung vom 4. Quartal ergab folgende Einnahmen: Oktober 20,85 M., November 12,40 M., Dezember 39,75 M., in Summa 72,50 M.; die Ausgaben betrugen: Oktober 5,40 M., November 6,49 M., Dezember 17,65 M.; in Summa 29,54 M.; sonach blieb ein Ueberschuß von 42,96 M. Der Kassirer wurde entlastet. Es kam dann zur Sprache, daß der Arbeitsnachweis zu wenig benutzt werde — nur 8 Kollegen erhielten durch denselben Arbeit; man beschloß deshalb einstimmig, jeden Unternehmer durch Zirkular auf den unentgeltlichen Arbeitsnachweis aufmerksam zu machen; die hiermit verbundenen Kosten sollen aus der Verbandskasse gedeckt werden. Die Zahl der Mitglieder beträgt gegenwärtig 70. 40 Mitglieder haben im Vorjahre leider wegen Resten gestrichen werden müssen. 12 neue Mitglieder wurden aufgenommen. Im Weiteren ersuchte man die fehlenden Statistikbücher zur nächsten Versammlung mitzubringen oder an den Vorsitzenden Herrn Vogt, Oranienstr. 9, IV, abzuliefern, damit dieselben endlich nach Hamburg abgesandt werden können. Die nächste Versammlung findet am 22. Februar bei A. Roll, Adalbertstr. 21, statt.

Im Fachverein der Holz- und Bretterträger Berlins und Umgegend legte der Kassirer Schönwald folgende Abrechnung vor: Alter Bestand vom III. Quartal 171,93 M., Einnahme im IV. Quartal an Beiträgen 128,50 M., vom Familienkränzchen am 17. Oktober 146 M., Summa der Einnahmen 446,43 M.; Ausgabe im IV. Quartal 253,52 M., bleibt Bestand 192,91 M. Dem Kassirer wurde Decharge ertheilt. Dem seit langer Zeit kranken Kollegen Gasse erließ man für die Dauer seiner Krankheit die Beiträge und beschloß, die Todesanzeigen der Kollegen künftig durch den „Vorwärts" zu veröffentlichen. Die Versammlung ging mit einem dreifachen Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung auseinander.

In Rixdorf fand am Sonntag eine starkbesuchte Volksversammlung statt, in welcher der Reichstags-Abgeordnete W. Schmidt einen Vortrag über „Programm und Taktik der sozialdemokratischen Partei hielt. Redner zeigte die Vorzüge des neuen Programms vor dem alten und erklärte, daß das erstere die Ziele des Sozialismus sowohl wie die Erkenntniß der heutigen Gesellschaftsverhältnisse präzis zum Ausdruck bringe. Zur Aenderung der Taktik, durch welche wir so große Erfolge errungen, läge absolut kein Grund vor. Die freie Meinungsäußerung, die uns Sozialdemokraten bereits zur zweiten Natur geworden, dürfe nicht in persönliche Angriffe ausarten und derjenige, der sich mit der Majorität nicht einverstanden erklären könne, habe noch nicht das Recht, gegen die Partei zu arbeiten. Einig, frei von jeder Voreingenommenheit, unter dieser Devise wollen wir weiter kämpfen für die Befreiung des Proletariats; mit diesen Worten schloß der Redner seinen Vortrag, welcher den lebhaften Beifall der Versammlung fand. Ein „Unabhängiger" brachte hierauf die schon bis zum Ueberdruß gehörten Schlagwörter vor. Er wurde vom Referenten gründlich widerlegt. Gegen 10 Stimmen fand dann folgende Resolution Annahme:

„Die heutige sozialdemokratische Volksversammlung erklärt sich nach dem vom Reichstags-Abgeordneten Schmidt gegebenen Ueberblick von 1878 bis heute mit der jetzigen Taktik der sozialdemokratischen Partei vollständig einverstanden."

Alsdann erstatteten die Revisoren Bericht. Dieselben erklärten, bei den früheren Vertrauensleuten Alles in Ordnung befunden zu haben, worauf denselben Decharge ertheilt wurde. Beim Bericht der Vertrauensleute ersuchte der Vertrauensmann, man möge in den Versammlungen doch den Punkt „Verschiedenes" fallen lassen, da derselbe vollständig zwecklos wäre. Ferner ersuchte Redner diejenigen Genossen, welche noch von früher her mit Zahlungen im Rückstande sind, sich doch wenigstens einmal bei ihm sehen zu lassen, anderenfalls er sich gezwungen sähe, ihre Namen bekannt zu machen. Dann theilte Genosse W. Krüger mit, daß der sozialdemokratische Verein „Vorwärts" von Dienstag, den 2. Februar an Unterrichtsabende, ähnlich wie die Arbeiter-Bildungsschule, veranstaltet; er ersuchte die Genossen, sich recht rege daran zu betheiligen. Versuchsweise würden 4 bis 6 Unterrichtsabende stattfinden, an welchen vorläufig über National-Oekonomie unterrichtet werden würde. Mit einem brausenden dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie schloß die Versammlung.

Deutsch-Wilmersdorf. In der letzten Versammlung der örtlichen Verwaltungsstelle der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter legte der Kassirer die Abrechnung vom 4. Quartal 1891 vor. Nachdem Vorstand und Revisoren deren Richtigkeit konstatirt hatten, wurde dem Kassirer Decharge ertheilt. Hierauf verlas derselbe den § 10 des Statuts und ermahnte die Mitglieder, welche wegen Arbeitslosigkeit ihre Beiträge jetzt nicht entrichten können, um Stundung derselben nachzusuchen; ferner machte er darauf aufmerksam, daß Mitglieder, welche verziehen und die Ab- bezw. Anmeldung versäumen, eine Strafe von 50 Pf. verwirken. Die Versammlung beschloß hierzu einstimmig, daß Mitglieder, welche mit ihren Beiträgen im Rückstande sind und einen Mahnzettel bekommen haben, die Portokosten tragen müssen. Der Bevollmächtigte ermahnte die Mitglieder noch zu recht fleißiger Agitation für die Kasse.

Weißensee. Am Freitag, den 22. d. M., fand hier im Lokale des Herrn Sengbeil eine Volksversammlung statt, in welcher Herr Keßler über das Thema sprach: „Wie stellen wir uns zur Wahl von Gemeindevertretern?" Der Referent erläuterte die neue Landgemeindeordnung und machte der Versammlung klar, wer wählen darf, wie gewählt werden muß und wen man zu wählen hat, dabei ausführend, daß allerdings bei diesem Gesetz für das Proletariat sehr wenig übrig bleibt; jedoch müsse man einem jeden Arbeiter vor Augen führen, daß auch er ein Wort mitzusprechen habe, und befürwortete demgemäß die Betheiligung an der Wahl. In der sehr lebhaften Diskussion sprachen auch zwei „Unabhängige" (Grünenberg und Pankow), und zwar erregte das Betragen dieser beiden Herren, besonders des letzteren, infolge ihrer persönlichen Angriffe derart den Unwillen der Versammlung, daß sich der Vorsitzende veranlaßt sah, denselben unter Zustimmung der Versammlung das Wort zu entziehen. Sodann wurde eine Resolution, die sich für die Betheiligung an der Wahl aussprach, gegen 7 Stimmen angenommen. In das Wahlkomitee wurden Jakobs, Reinhardt, Werner, Müller, Löhnert, Franke und Kielblock gewählt. Hierauf erstattete Gampe als Lokalkommissionsmitglied Bericht und theilte der Versammlung mit, daß Bergel und Jorwitz ihr Amt niedergelegt hätten; jedoch nahm die Versammlung von einer Ergänzungswahl bis zur nächsten Volksversammlung Abstand.

Pankow. Am 20. Januar hielten die Arbeiter von Pankow und Niederschönhausen eine von 200 Personen besuchte Volksversammlung in Großjean's Elysium ab, in welcher Baumeister Keßler über die neue Landgemeinde-Ordnung referirte. Redner erläuterte in klarverständlicher Weise die einzelnen Paragraphen dieses Gesetzes und kam schließlich zu der Frage, ob sich die Betheiligung an den Gemeindevertreter-Wahlen für unsere Orte empfehle. Von den folgenden Rednern wurde betont, daß, obgleich die Arbeiter hinsichtlich des Wahlrechts höchst stiefmütterlich behandelt sind, sie ihr wenn auch winziges Recht voll und ganz ausnutzen sollen, da sie ja zu den Steuern sehr gewissenhaft herangezogen werden. Die Versammlung erklärte sich darauf mit allen gegen 8 Stimmen für die Betheiligung an der Wahl. Die Einleitung der nöthigen Schritte und die vorschlagsweise Aufstellung von Kandidaten wurden einer Kommission übertragen, welche aus den Genossen Schockel, Prüfer, Koß, Bilz, Hublow, Riehle und Rißmann besteht. Hierauf wurde zum regen Abonnement auf das Volksblatt für Nieder-Barnim hingewiesen, der Referent und jetzige Redakteur trat hierfür in warmen Worten ein. Nachdem noch von einigen Genossen örtliche Uebelstände gerügt, auch einige Vorgänge, die sich bei der Beerdigung des hier verstorbenen Predigers Rettig ereignet hatten, zur Sprache gekommen waren, wurde die Versammlung vom Vorsitzenden mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Verein ehemaliger Schüler der 99. Gemeindeschule. Heute, Donnerstag, den 28. Januar, Abends 9 Uhr, außerordentliche Sitzung in Schröder's Saal, Stegliterstraße 18. Erscheinen sämmtlicher Mitglieder dringend nothwendig.

Kommission freier eingeschriebener Hilfskassen zu Berlin und Umgebung. Heute, Donnerstag, den 28. Januar, Abends 8 Uhr, Sitzung bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75, im Tunnel.

Lese- und Diskutir-Klub „Süd-Ost". Heute, Donnerstag, den 28. Jan., Abends ½9 Uhr, bei Tollsdorf, Görlitzerstr. 58: Vortrag des Genossen Sparfeld über: „Lungenhygiene". Gäste willkommen.

Musik-Vergnügungsverein „Deutsche Treue". Heute, Donnerstag, den 28. Januar, Abends 9 Uhr, Uebungsstunde in Kürschner's Restauration, Dalldorferstr. 40. Gäste willkommen.

Schneider und Schneiderinnen (Zahlstelle Berlin). Versammlung am Donnerstag, den 28. Jan., Abends ½9 Uhr, im Lokale des Herrn Bolzmann, Andreasstr. 26. Tagesordnung: Stellungnahme zum Gewerkschaftskongreß. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Tabakarbeiter und Arbeiterinnen. Heute, Donnerstag, den 28. Jan., Abends ½9 Uhr, bei Feindt, Weinstr. 11: Oeffentliche Versammlung. Tagesordnung: Der Kongreß in Halberstadt, Wahl einer Wahlprüfungs-Kommission, und Vormirung eines Kandidaten zur Delegirtenwahl.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der deutschen Wagenbauer. Berlin, Bezirk 4. Versammlung heute, Donnerstag, den 28. Januar, Abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Zubell, Naunynstr. 86. Kassenbericht.

Lese- u. Diskutirklub. Donnerstag. „Wahrheit", Markusstr. 31. — „Heine" in Rixdorf, Ecke Kniesebeck- u. Hermannstraße, Restaurant Beyler. Gäste willkommen. — „Neue Zeit", ½9 Uhr, Boyenstr. 49. Gäste haben Zutritt. „Süd-Ost", ½9 Uhr bei Tollsdorf, Görlitzerstr. 58. Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt. — Lese- und Diskutirklub „Fester Wille", Abends ½9 Uhr, bei Schulz, Gartenstr. 79. Gäste durch Mitglieder eingeführt haben Zutritt. — Lese- und Diskutirklub „Maiwuchs", Charlottenburg. Jeden Donnerstag von ½9 Uhr Abends ab bei Aug. Ulrich, Leibnitzstr. 78. Damen und Herren können als Gäste eingeführt werden. — Lese- und Diskutirklub „Gerechtigkeit". Jeden Donnerstag, Abends ½9 Uhr, im Lokale von Ferd. Hoffmann, Waldemarstr. 61. Gäste, durch Mitglieder eingeführt, willkommen. — Lese- und Diskutirklub „Dietzgen". Jeden Donnerstag Abend bei Schröder, Wiesenstr. 29, Sitzung. Gäste willkommen. — Leseklub „Sozialdemokrat". Jeden Donnerstag, Abends ½9 Uhr, im Lokale Kirchdachstr. 7 bei Schnicke. Gäste willkommen. — „Herwegh", Abends ½9 Uhr, im Lokal von Otto Linke, Forsterstr. 45. Gäste willkommen.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend. **Donnerstag.** Uebungsstunde Abends 9 Uhr. Aufnahme neuer Mitglieder. Männerchor „St. Urban", Annenstraße 9, bei Proß. — Gesangverein „Unverzagt", Köpenickerstraße 127a, bei Küster. — Gesangverein „Kornblume", Blumenstraße 54, bei Wattke. — Gesangverein „Frühlingslust", Flottwellstraße 6, bei Bartel. — Gesangverein „Drehselklub", Annenstr. 16, bei Keßner. — Arbeiter-Gesangverein „Weiße Rose", Reinickendorf, Residenzstr. 101, bei Carus. — Gesangverein „Morgenroth 1", Rummelsburg, Berlinerstr. 9, bei Friesecke. — Gesangverein „Dorfglöcklein", Wilmersdorf, Berliner- u. Auguststr.-Ecke bei Schulz. — Gesangverein „Echo 2", Alte Schönhauserstr. 42, bei Reimann. — Gesangverein „Einigkeit" (Hutmacher), Pappel-Allee 3—4, bei Krause. — Gesangverein „Zukunft 1", Steglitz, Kurhaus Friedenau. — Gesangverein „Harmonie", Tempelhof, Dorfstr. 210, bei Gerth. — Gesangverein „Veilchenblau", Kottbuser Damm 89, bei Jakob. — Sängerchor der Töpfer Berlins, Gipsstr. 3, bei Pyrteck. — Gesangverein „Zukunft", Nieder-Schönhausen, Lindenstr. 26. — „Ostpreußischer Männer-Gesangverein", Jüdenstr. 55, bei Frischmann. Landsleute sind willkommen. — Gesangverein „Edelweiß", Reichlorstraße 15, bei Stehmann. — Gesangverein „Borax", Admiralstraße 39, bei Lilow. — „Seeger'scher Gesangverein", Blumenstraße 68, bei Weick. — Gesangverein „Maiglöckchen 2", S.-O., Manteuffelstraße 67, bei Springstubbe. — Gesangverein „Felsenburg", Blumenstraße 21a. — Gesangverein „Eintracht", Eisenicke bei Adlershof, bei Krüger. — Gesangverein „Einigkeit", Groß-Lichterfelde, Amalienstraße, bei Hann. — Gesangverein „Hoffnung 3", Brandenburg, Neust. Markt 2, bei Weydmers. — Gesangverein „Freie Sänger", Langestr. 108, bei Noblin. — Gesangverein „Zukunft 2", Velten, bei M. Grunow. — Gesangverein „Freie Sänger" jeden Donnerstag, Abends 9—11 Uhr. Gäste willkommen. — Gesangverein „Kreuzberger Harmonie", Lindenstr. 100 bei Poppe. — Gesangverein „Nordstern", Müllerstr. 7 bei Reichardt. — Gesangverein „Morgengrauen" (Bäcker), 3 bis 5 Uhr Nachmittags Landsbergerstr. 31 bei Musehold. — Männer-Gesangverein „Liedes-Echo", Reichenberger- und Forsterstraßen-Ecke bei Spindler.

Bund der geselligen Arbeitervereine Berlins und Umgegend. Donnerstag: Humorist. Verein „Paukenschwengel", Stallschreiberstr. 58. — Privat-Theatergesellschaft „Fidelio", ½9 Uhr, bei Gaillard, Prinzenstr. 87. — Musikdilettantenverein „Animo", bei Schmidt, Wrangelstr. 141. — Geselliger Verein „Grüne Eiche" (vor dem Halle'schen Thor), Salmstr. 1. — Vergnügungsverein „Hilaritas", bei Tempel, Breslauerstr. 27. — Privat-Theater- und Pantomimengesellschaft „Fiedeler Geist", bei Schneider, Adalbertstr. 8. — Vergnügungsverein „Einigkeit", bei Linke, Forsterstr. 45.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine. Donnerstag. Skatklub „Rückwärts", Abends ½9 Uhr, im Restaurant Boderle, Pallisadenstraße 47. — Skatklub „Null ouvert", Moabit. Jeden Donnerstag, Abends 8 Uhr, bei Linneken („Flötenwirth"), Beusselstr. 57. Mitglieder werden aufgenommen.

Lübeck'scher Turnverein, Männer-Abtheilung, Abends 8—10 Uhr, Elisabethstr. 57—58, Königstädt. Gymnasium. — Turnverein „Osten", Lehrlings-Abtheilung, Abends ½8—10 Uhr, Blumenstr. 63a. — Berliner Turngenossenschaft, 1. Lehrlings-Abtheilung, Abends ½8—10½ Uhr, im Lessing-Gymnasium, Pankstr. 8—10. — Männer-Turnverein „Jahn", Rixdorf. (Eigene Turnhalle, Ziethenstr. 72 a.) Heute Abend von 8—10 Uhr Damen-Abtheilung.

Männer-Gesangverein „Crescendo", Abends 9 Uhr, bei Körting, Gneisenaustr. 88. — Verein „Zick Zack", Sitzung mit Damen 9 Uhr in Krölches Gesellschaftshaus, Fichtestr. 29. — Geselliger Verein „Regina", jeden Donnerstag Sitzung mit Damen, Abends 9 Uhr, im Reichsgarten, Alexandrinenstraße Nr. 110, bei Wohlfiebe. Gäste willkommen. — Gesangverein „Blaue Schleife", Pankow, Schönholzerstraße Nr. 11 bei Kuhnert. — Gesangverein „Mandoline", Neue Friedrichstraße 44, bei Rölig. — Pfropfenverein „Wedding", Abends ½9 Uhr bei R. Hellerhoff, Antonstr. 6. — Vergnügungsverein „Blau-Veilchen", Abends 9 Uhr, Fennstr. 5 bei Krüger. Aufnahme neuer Mitglieder, Gäste willkommen. — Vergnügungsverein „Caprice", Ab. 9 Uhr, Sitzung mit Damen im „Marienbad", Badstr. 35—36, Saal 1 Tr. — Vergnügungsverein „Veilchen", ½8 Uhr, Sitzung mit Damen bei Braun, Oranienstr. 183. Nach der Sitzung Tanz und Fidelitas. Gäste willkommen. — Privattheater-Gesellschaft „Hoffnung", Abends ½9 Uhr, im Rathhaus, Ohmgasse 2. Gäste willkommen. — Verein ehemaliger Schüler der 99. Gemeindeschule. Jeden Donnerstag, Abends 9 Uhr, im Restaurant E. Haberecht, O., Gr. Frankfurterstr. 30. Gäste, insbesondere ehemal. Schul-Kollegen, herzlich willkommen. — Verein ehemaliger Schüler der 29. Gemeindeschule. Sitzung, Abends 9½ Uhr, bei Saeger, Grüner Weg 29. Gäste willkommen. — Verein ehemaliger Schüler der 22. Gemeindeschule bei Schröder, Steglitzerstr. 18. Gäste willkommen. — Verein ehemaliger Schüler der 65. Gemeindeschule. Heute Sitzung im Restaurant Roll, „Zur Kornblume", Andreasstraße 3, Beginn 9 Uhr. Ehemalige Schüler der 65. Gemeindeschule und Gäste sind willkommen. — Tambourverein „Jungfernkranz", Weidenweg 12. — Vergnügungsverein „Bruderbund". Jeden Donnerstag, Abends 9 Uhr, Andreasstr. 3 bei Roll: Sitzung mit Damen. Nachdem Fidelitas. — Geselliger Klub „Blau Veilchen", Donnerstag 9 Uhr, Oranienstr. 153, 1 Tr. Gäste (Herren) willkommen. — Geselliger Verein „Freiheit", Donnerstag Abend bei Thierbach, Schwedterstraße 44. Sonntag: Geselliger Abend.

Rauchklub „Dezimal-Waage", Abends 9 Uhr bei Instinger, Krautstraße 48. — Rauchklub „Kernspitze", Abends ½9 Uhr bei A. Böhl, Rüdersdorferstr. 8. — Rauchklub „Collegia", Abends 9 Uhr, in Bernhardt's Destillation, Skalitzerstr. 41. — Rauchklub „Vorwärts", Abends 9 Uhr, bei Tempel, Breslauerstr. 27. — Rauchklub „Arcona", Abends 9 Uhr Reichenbergerstraße 71. — Arbeiter-Rauchklub „Nordpol". Sitzung jeden Donnerstag Abends 9 Uhr, im Restaurant von Sendke, Gesundbrunnen, Brietzenerstr. 6. Mitglieder-Aufnahme. Gäste willkommen. — Rauchklub „Ohneforge", Donnerstag, Abends 9 Uhr, Kohlenufer 2, Rogge's Bierhaus. — Rauchklub „Waldesgrün". Jeden Donnerstag, Abends ½9 Uhr, Reichenbergerstraße 113a bei Kahlert. Gäste willkommen. — Urfidele Heils-Armee. Sitzung jeden Donnerstag, Abends 9 Uhr, bei Kowald, Oranienstr. 156. Gäste, Damen und Herren willkommen. 5. März Einweihungsfest. Neue Heilsbrüder werden aufgenommen. — Tambourverein „Vor Metz", Uebungsstunde Montag und Donnerstag Waßmannstr. 9. Sonntag Sitzung. Junger Mann als Dirigent willkommen. 13. Februar Kränzchen. — Theaterverein „Lessing", jeden Donnerstag Abend 9 Uhr Sitzung bei Musehold, Landsbergerstr. 31. Gäste, Damen und Herren, freundlich willkommen. — Tambourverein „Wacht am Rhein". Jeden Donnerstag von ½8 Uhr Uebungsstunde im Restaurant Müller, Mariannenstr. 46.

Vermischtes.

Durch eine explodirende Dynamitpatrone wurden in Nietleben bei Halle in der Arbeiterkantine ein Arbeiter sofort getödtet und der Wirth und die Wirthin schwer verletzt.

Um ein Stück Wegs zu ersparen sprang der Müller Abel aus Diesserten aus dem Personenzug in dem Augenblick heraus, als der Zug über eine Brücke seiner Mühle gegenüber fuhr. Er stürzte unter die Räder, die ihm den Kopf vom Rumpfe trennten.

Untergegangen mit Mann und Maus ist bei Tunis der Dampfer „Patrie" aus Nantes.

Gerettet im Meer wurde die schiffbrüchige Mannschaft der am 21. Dezember im atlantischen Ozean verloren gegangenen norwegischen Bark „Frigga" und zwar durch den Dampfer „Santos". Die Schiffbrüchigen landeten am Montag in Hamburg.

Im Prozeß gegen die Wiener Dienstmädchen-Mörder, das Ehepaar Franz und Rosalie Schneider, hat die Staatsanwaltschaft eine Nachtragsanklage erhoben. Die erste Anklage lautete auf Franz Schneider auf dreimal verübten meuchlerischen Raubmord, gegen seine Frau auf Theilnahme am Raube in Betreff der Kleinrath und auf entfernte Mitschuld und Theilnahme an der Ermordung der Marie Hottwanger und der Vincenzia Zoufar, begangen durch Einverständniß mit dem Thäter und mannigfache Unterstützung desselben. Die Nachtragsanklage lautet gegen Rosalia Schneider auf Urheberschaft und unmittelbare Thäterschaft der Morde, angeblich durch Narkose der Opfer. Die Eheleute, die mit einander die grauenhaften Verbrechen beriethen und nach der einen wie nach der andern Version die Ausführung mit einem fast gewerbsmäßigen Eifer betrieben, werden sich nun voraussichtlich in dem Kampfe um ihr eigenes Schicksal als Todfeinde gegenüberstehen. Die Zahl der vorgeladenen Zeugen beträgt 105; außerdem wird eine Anzahl von Zeugenaussagen zur Verlesung gelangen.

Noble Belohnung für eine Lebensrettung. Zwei Knaben im Alter von 6 bis 10 Jahren begaben sich an einem der letzten Tage trotz der aufgestellten Warnungszeichen auf den sogenannten Kainzer Teich in Guhrau (Schlesien); auf der Mitte desselben angekommen, brach der eine derselben ein und verschwand unter der Eisdecke. Ein anderer zirka 13 Jahre alter Knabe, der den Vorgang mit angesehen, schaffte einen Feuerhaken herbei und versuchte mit besonderer Geistesgegenwart damit das Rettungswerk, was ihm auch unter eigener Lebensgefahr gelang. Als Belohnung dafür erhielt er von dem Vater des Geretteten 15 Reichspfennige und von seinen Eltern dafür, daß er vollständig durchnäßt war, eine Tracht Prügel.

Vom Gelde. Nach einer dem Bundesrath zugegangenen Vorlage waren bis Ende Dezember 1891 an die einzelnen Bundesstaaten im ganzen Silber-, Nickel- und Kupfermünzen im Werthe von 510 892 523,41 M. überwiesen worden. Hiervon entfallen auf Silbermünzen: 75 454 495 M. an Fünfmarkstücken; 106 637 656 M. an Zweimarkstücken; 179 701 334 M. an Einmarkstücken; 71 486 552 M. an Fünfzigpfennigstücken und 20 710 922,80 Mark an Zwanzigpfennigstücken. Ferner auf Nickelmünzen: 4 005 284 Mark an Zwanzigpfennigstücken, 28 451 835,60 M. an Zehnpfennigstücken, 14 050 637,05 M. an Fünfpfennigstücken. Auf Kupfermünzen: 5 088 697,44 M. an Zweipfennig- und 5 305 109,52 M. an Einpfennigstücken.

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Madrid, 27. Januar. In Bilbao fand gestern ein Zusammenstoß zwischen streikenden Bergleuten und Gendarmerie statt, wobei es zur Anwendung von Waffengewalt kam. Eine Person wurde verwundet, mehrere leichter beschädigt. — Da die Arbeit in allen Gruben eingestellt ist, so hat die Gendarmerie die Bewachung der Hochöfen, sowie verschiedener öffentlicher Gebäude übernommen.

(Depeschen des Bureau Herold.)

Köln, 27. Januar. Die „Köln. Volks-Zeitung" meldet aus Duisburg: Die große Buller'sche Lackfabrik brennt. Große Gefahr herrscht, da das Stadtviertel eng ist. In der Nähe der Brandstätte befinden sich die Hüttenschule und die Tabakfabrik von Carstanjen.

Rom, 27. Januar. Der Minister hat alle Arbeitermeetings im Freien verboten.

Madrid, 27. Januar. Im Bezirke von Bilbao haben große Unruhen stattgefunden. Streikende Bergarbeiter durchschnitten das Förderseil (!) der Grube in Orkonoda und hielten die Eisenbahnzüge an. In Galdamar verfolgten dieselben die nicht feiernden Arbeiter mit Stöcken. Zwischen Gendarmen und Streikenden kam es zum Kampfe, wobei es 12 Verwundete gab. Heute Abend wird der Belagerungszustand erklärt werden.

Briefkasten der Redaktion.

E. B., Pankow, Schulzestraße. Uns ist eine Einsendung von Ihnen überhaupt nicht zugegangen. In allen Dingen, welche die Lokalfrage betreffen, wollen Sie sich ausschließlich an die Lokalkommission wenden. Wir haben kein Recht, einseitig Aenderungen in der Lokalliste vorzunehmen.

R. K. Wir veröffentlichen in den nächsten Tagen noch einen Aufsatz über das schöne Institut, in welchem Ihre Mittheilungen ebenfalls Verwendung finden werden. Vorläufig sagen wir Ihnen für dieselben unsern besten Dank.

J. Laube. Ihre Frage ist nicht verständlich.

G. F. Unseres Wissens existirt eine städtische Sprach-Heilanstalt überhaupt nicht.

S. Die Poliklinik des Herrn Dr. A. Blaschko befindet sich Köpnickerstr. 102. Sprechstunde 11½ bis 12 Uhr.

M. H. Die Hunde, die vom Thierschutzverein gefangen werden, werden entweder verkauft oder vergiftet — soviel wir wenigstens in Erfahrung bringen konnten. Zu Genußzwecken dürfte dort also Hundefett nicht verkauft werden. Die Heilkraft des Hundefettes wird übrigens auch bedeutend überschätzt.

E. K. Lodz ist eine Kreisstadt im russisch-polnischen Gouvernement Piotrkow, etwa 120 Kilometer im Süd-Osten von Warschau.

Wo und wann tagt der Musikverein „Glocke"?

Briefkasten der Expedition.

Kirchheim. Die Frage können wir Ihnen nicht beantworten, da die Post von uns täglich die gewünschte Anzahl erhält, nach welchen Orten dieselben gehen, wissen wir nicht.

Abonnent Schmidstraße. Marx, Das Kapital, 2 Bde. 17 M. können Sie durch unsere Buchhandlung, Adresse: Verlag des „Vorwärts", Berlin SW., Beuthstr. 2, beziehen. Die anderen 2 Bücher besorgt Ihnen jede Sortiments-Buchhandlung.

Verantwortlicher Redakteur: August Enders in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2.